

„Wir wollen nicht hilflos zu Grunde gehen!“

Zur Ernährungskrise der Steiermark im Ersten Weltkrieg
und ihren politisch-sozialen Auswirkungen

Von Franz Christian Weber

Der Zusammenbruch der k.u.k. Monarchie setzte vor der militärischen Niederlage mit dem Auseinanderbrechen der „Heimatfront“ ein, als nationaler Separatismus, soziale Konflikte und die sich abzeichnende Hungerkatastrophe im Hinterland den Ablösungsprozeß der paralysierten monarchischen Autoritäten durch die neuen Volksgewalten auslösten. In der Steiermark nahm dieser Vorgang zwei Wochen vor Kriegsende mit der Bildung des Wohlfahrtsausschusses am 20. Oktober 1918¹ seinen Anfang, wurde mit der Entmachtung des k.k. Statthalters Manfred Graf Clary und Aldringen² und der Übernahme der politischen Exekutivgewalt durch die Beauftragten des Wohlfahrtsausschusses, den Wirtschaftskommissären Dr. Viktor Wutte und Dr. Arnold Eisler, am 26. Oktober konsequent fortgesetzt³ und am 4. November durch die Absetzung und Verhaftung des steirischen Militärkommandanten Freiherr von Lukas abgeschlossen.⁴ Die Demontage der letzten noch nicht entfernten Hoheitszeichen (Doppeladler, k.k. Embleme) von den öffentlichen Gebäuden am 2. November⁵ war mit ihrer Symbolhaftigkeit der sichtbare Ausdruck dieses Systemwechsels, welcher gegenüber der Bevölkerung als Akt der Notwehr dargestellt und damit begründet wurde, daß das staatliche Gewaltvakuum, welches sowohl auf den Auflösungsvorgang des Vielvölkerstaates als auch auf den Legitimitätsverlust der staatlichen Strukturen infolge der vierjährigen Unterversorgung der Bevölkerung zurückzuführen war, durch eine von allen

¹ Zum Übergang der Steiermark vom Kronland zum Bundesland: Robert Hinteregger, Die Steiermark 1918/19, phil. Diss. Graz 1975 (= Hinteregger, Die Steiermark). – Ders.: Graz zwischen Wohlfahrtsausschuß und Räteherrschaft, in: Histor. Jahrbuch der Stadt Graz Bd. 7/8, Graz 1975, S. 213–237. – Gerhard Pferschy, Steiermark, in: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik (Hg.), Österreich 1918–1938, Geschichte der Ersten Republik, Bd. II, Graz-Wien-Köln 1983, S. 939–960. – Weitere Literaturhinweise in: Gernot D. Hasiba, Die Steiermark und der Gesamtstaat 1918, in: O. Pickl (Hg.), 800 Jahre Steiermark und Österreich 1192–1992, Der Beitrag der Steiermark zu Österreichs Größe (= Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Bd. 35), Graz 1992, S. 471–510.

An dieser Stelle möchte ich Herrn Ass. Prof. Dr. Eduard G. Staudinger für seine zahlreichen Hinweise und das Interesse, mit welchem er den Fortgang der Arbeit begleitete und förderte, herzlich danken.

² Zu Clary und Aldringen: Hinteregger, Die Steiermark, S. 73ff. – Elma Flooh-Wagner, Manfred Graf Clary und Aldringen – Der letzte Statthalter in der Steiermark, Graz 1952.

³ StLA, Statth. Präs. A5b–2886/1918.

⁴ AdR/LV, Volkswehr-LBH Stmk. 1918, Na. Nr. 2580/Res. (AE166). – Mit der Bestellung der „steiermärkischen Landesregierung“, der die „gesamte bisherige landesfürstliche und autonome Verwaltung des Landes Steiermark, das ist des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes des früheren Kronlandes Steiermark“ übertragen war, und der Einsetzung eines dritten Wirtschaftskommissärs (Franz Hagenhofer) am 6. November wurde die Umbenennung und Umstrukturierung der Behörden abgeschlossen; sie stellten aber keine Änderung des bereits geschaffenen rechtlichen status quo dar, da die steirische Landesregierung die „ungehemmte Fortführung der Verwaltung“ erwartete (wie Anm. 3).

⁵ AVA, MdI, Präs. 22/Stmk. 1915–18, Zl. 24.425/18 (Kt. 2138).

Ständen akzeptierte Autorität auszufüllen war: denn nur so konnte nach Auffassung des Wohlfahrtsausschusses der sich abzeichnende Zusammenbruch der Versorgung abgewehrt und die Sicherheit, deren Gefährdung u.a. durch heimkehrende Truppen zu befürchten war, gewährleistet werden.⁶ Um die größtmögliche Akzeptanz aller Stände zu erreichen und nicht das aufgestaute Unruhepotential in der Bevölkerung zum Ausbruch zu bringen, unterließ der Ausschuß jegliche revolutionäre Diktion und Agitation, sondern betonte ausdrücklich die Notwendigkeit des solidarischen Zusammenhaltes aller Bevölkerungsgruppen. Selbst die Entmachtung des Statthalters wurde in der Öffentlichkeit als vorverlegte Demissionierung dargestellt, sodaß sich der Übergang von der Monarchie zur Republik in der Steiermark keineswegs als revolutionär darstellt, wenn auch die durch den Wohlfahrtsausschuß geschaffene Diskontinuität in der Verfassung durchaus als revolutionäres Faktum anzusehen ist.⁷ Dieser Eindruck vom „gleitenden Übergang“ wird zudem noch von der Tatsache verstärkt, daß dieselben Ständevertretungen und Parteien, welche als Entscheidungsträger in die staatlichen Machtpositionen während der Übergangszeit nachrückten, bereits im Krieg auf Grund der schwierigen Ernährungssituation in die Versorgungsagenden eingebunden waren. Diesen war nämlich in der Absicherung der „Heimatfront“ größte Bedeutung zugekommen, da die Lebensmittelbeschaffung und -verteilung wesentlich die Stimmungslage der Bevölkerung und das Durchhaltevermögen des Hinterlandes beeinflussten und sich indirekt auch auf die Schlagkraft der Armee auswirkten.

Im folgenden Beitrag soll zu Beginn die Ernährungsbasis der Steiermark im Krieg, soweit sie durch die heimische landwirtschaftliche Produktion gewährleistet werden konnte, skizziert werden. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die staatlichen Bemühungen gelegt werden, durch kriegswirtschaftliche Maß-



Manfred Graf von Clary und Aldringen
(1852–1928)
(Landesmuseum Joanneum, Bild- und
Tonarchiv KB 35019 o.J.).

⁶ Eine Reproduktion des Plakates, mit dem sich der Wohlfahrtsausschuß der Bevölkerung präsentierte und für seine Anliegen („Wir wollen nicht hilflos zu Grunde gehen!“) warb, findet sich in: E. Edegger et al. (Hg.), Graz – Geschichtsbilder einer Stadt, Graz 1987, S. 172. – Der Ausschuß setzte sich aus Vertretern aller Berufsgruppen und der drei größten Parteien (christlich-soziale, deutschfreihheitliche und sozialdemokratische) zusammen.

⁷ Vgl. dazu: Karin M. Schmidlechner, Arbeiterbewegung und revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkriegs: Die Situation in Österreich, in: Helmut Konrad, Karin M. Schmidlechner (Hg.), Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges: die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen (= Böhlau zeitgeschichtl. Bibliothek, Bd. 16), Wien-Köln 1991, S. 17–26.

nahmen dem Produktionsrückgang der Agrarbetriebe im Verlauf des Krieges entgegenzuwirken und zudem einen Ausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten oder zwischen Selbstversorgern und Nichtselbstversorgern, um dem zeitgenössischen Vokabular zu entsprechen, herzustellen. Die Befassung mit dem Widerstand weiter bäuerlicher Kreise gegen die staatlichen Zwangsmaßnahmen sowie die Beschreibung staatlicher und individueller Strategien, dem zeitweise existenzbedrohende Ausmaße annehmenden Lebensmittelmangel entgegenzuwirken, werden die Darstellung der Ernährungssituation abrunden. Im dann folgenden Teil stehen politische und soziale Auswirkungen im Mittelpunkt der Darstellung: hier soll vor allem die sich akkumulierende Gewaltbereitschaft der Bevölkerung aufgezeigt werden, die sich auf Seiten der Konsumenten in immer radikaleren Gewaltausbrüchen manifestierte. In diesem Konnex ist es das Ziel des Artikels, die Maßnahmen des Staates aufzuzeigen, mit denen die anwachsende Konfliktbereitschaft der Bevölkerung pazifiziert werden sollte: vor allem die Einbindung von Konsumenten- und Produzentenvertretern in die Lebensmittelaufbringung und -verteilung stellten den Versuch von Staatsseite dar, der Bevölkerung durch Mitbestimmung auch Mitverantwortung für die Versorgungskatastrophe zu übertragen, um so das Aggressivitätspotential auf die Betroffenen selbst ablenken zu können.

Insgesamt ist die gesellschaftliche Entwicklung auf Grund der langjährigen Ernährungskrise von einer zunehmenden Desintegration geprägt: die Bevölkerung war in konkurrierende Berufsgruppen wie auch in rivalisierende Gemeinden und Bezirke gespalten. Diese Desintegration rückgängig zu machen, mußte, wie eingangs festgestellt wurde, vorrangiges Ziel der neuen Volksherrschaft, d.h. des Wohlfahrtsausschusses sein, um die sich dramatisch zuspitzende Ernährungskrise Ende Oktober, die letztendlich den Höhepunkt einer vierjährigen Entwicklung darstellte, bewältigen zu können. Diese gesellschaftlichen Tendenzen bilden gleichsam den Hintergrund, vor dem sich der Schlußakt der Monarchie und seines Kronlandes Steiermark abspielte: das aufzuzeigen, ist ebenfalls eine Intention des Beitrages.

Die Versorgungsgrundlagen der Steiermark im Kriege

Bereits ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn warnte Peter Rosegger die steirische Schuljugend davor, die Landwirtschaft aufzugeben und damit die Ernährungsbasis des Landes zu gefährden. Eindringlich bat er darum, bei der Landwirtschaft zu bleiben, verbunden mit dem zivilisationskritischen Hinweis, daß Orts- und Standeswechsel die göttliche Ordnung zerstören würden: „*Bleibet daheim im Frieden eurer Felder, Matten und Wälder, haltet euch an die Arbeit, die am nächsten bei Gott ist – an die schöpferische Landarbeit.*“⁸ Zu diesem Zeitpunkt war die Lebensmittelversorgung in eine kritische Phase getreten, da sich neben dem kriegsbedingten Rückgang der landwirtschaft-

⁸ Peter Rosegger, Ein Brief an die Jugend auf dem Lande, in: Verordnungsblatt für das Schulwesen im Herzogtume Steiermark 1915/12. Derselbe Artikel wurde im Sammelbändchen „Steirischer Waffensegen“ (Graz 1916) veröffentlicht, das P. Rosegger und O. Kernstock dem steiermärkischen Witwen-, Waisen- und Invaliden-Kriegsschatze in Graz widmeten.

lichen Produktion die enormen Heereskäufe und die Reduktion der Zuschüsse aus der Monarchie bemerkbar machten, denn die Steiermark war – und diese Tatsache ist für die Beurteilung der Situation während des Krieges von grundlegender Bedeutung – auch in Friedenszeiten stets auf Zulieferungen wichtiger Grundnahrungsmittel angewiesen, während eine Autarkie nur im Bereich der Fleischproduktion gegeben war.

Im folgenden Kapitel sollen die Produktionskapazitäten der steirischen Landwirtschaft in den Bereichen Getreideanbau und Viehzucht dargestellt werden, um den geringen und zudem noch abnehmenden Grad der Eigenversorgung des Landes mit Getreide in den Kriegsjahren zu verdeutlichen, während im Falle der Viehproduktion die enormen Engpässe in der Fleischversorgung des Landes, bedingt durch die hohe Ablieferungsquote, aufgezeigt werden sollen. Bei sämtlichen statistischen Angaben ist zu berücksichtigen, daß die erhobenen Werte im wesentlichen auf Schätzungen beruhten, ein Mangel, auf den Hans Löwenfeld-Russ, seit November 1916 Staatssekretär im Amt für Volksernährung, u.a. die katastrophale Lebensmittelbewirtschaftung zurückführte.⁹ Folgt man dieser Statistik der „Anbauflächen und Ernteergebnisse“ in der Beurteilung der landwirtschaftlichen Produktivität, so ging das Ackerland im Kronland Steiermark zwischen 1913, dem letzten vollständigen Friedensjahr, und 1917 insgesamt um 31.301ha (7,9%) zurück, nachdem zwischenzeitlich der Rückgang sogar an die 20% betragen hatte. Weitaus deutlicher fiel im selben Zeitraum der Produktionsrückgang bei Getreide aus: 1917 betrug nämlich das Ergebnis der Weizen- und Roggenernte gegenüber 1913 nur mehr die Hälfte. Allein der Kartoffelanbau nahm zwar nicht flächenmäßig, doch in Bezug auf den Ertrag um rund 20% zu, ein Umstand, welcher auch auf die geänderten Konsumgewohnheiten bzw. -möglichkeiten der Bevölkerung zurückzuführen ist, worauf aber später eingegangen werden soll. Als Ursachen für den Produktionsrückgang der Landwirtschaft sind vor allem der

⁹ Hans Löwenfeld-Russ, Die Regelung der Volksernährung im Kriege (Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, österr.-ungar. Serie), Wien 1926, S. 76f (=Löwenfeld-Russ, Volksernährung im Kriege). – Neben dieser grundlegenden Darstellung der Lebensmittelversorgung des Gesamtstaates sind aus der umfangreichen Literatur zu dieser Thematik zu nennen: Hans Löwenfeld-Russ, Im Kampf gegen den Hunger. Aus den Erinnerungen des Staatssekretärs für Volksernährung 1918–1920, hrsg. von Isabella Ackerl, München 1982; Hans Hautmann, Hunger ist ein schlechter Koch. Die Ernährungslage der österreichischen Arbeiter im Ersten Weltkrieg, in: Gerhard Botz et al. (Hg.), Bewegung und Klasse, Wien-München-Zürich 1978, S. 661–681; Ottokar Landwehr von Pragana, Hunger. Die Erschöpfungsjahre der Mittelmächte 1917–1918, Zürich-Leipzig-Wien 1931.

Weiterführende Literaturhinweise finden sich in: Gottfried Köfner, Not und Korruption. Der Übergang Österreichs von der Monarchie zur Republik, Salzburg 1980; Gerhard Prassinger, Hunger in Tirol, in: Klaus Eisterer, Rolf Steininger (Hg.), Tirol und der Erste Weltkrieg, Innsbruck-Wien 1995 (=Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 12), S. 179–226.

Zur steirischen Landwirtschaft im Krieg: Stefan Karner, Steirische Landwirtschaft vor und nach 1918, in: Neues Land v. 19. und 26. Nov. 1981; ders.: Die Abtrennung der Untersteiermark von 1918/19, in: Helmut Rumpel (Hg.), Kärntens Volksabstimmung 1920, Klagenfurt 1981, S. 254–296; Peter Hansak, Die steirische Landwirtschaft im 1. Weltkrieg und in den Nachkriegswirren, 1914–1920, Dipl. Arbeit Graz 1989; ders.: Die steirische Landwirtschaft 1914–1920, in: Blätter für Heimatkunde 65/1991, S. 20–26.

Die statistischen Grundlagen sind zu finden in: Österreichisches Statistisches Handbuch Jg. 32–35 (1913–1917); Das österreichische Ernährungsproblem, hrsg. v. BM f. Volksernährung, Wien 1921–1922.

Chronologische Übersicht

über Sammelarbeiten und landwirtschaftliche Arbeiten durch Schulkinder.

Zeit	Sammelarbeiten	Landwirtschaftliche Arbeiten
Mai	Maitäfer, Flechten	Unkraut jäten, Bereinzeln der Rüben, Mithilfe beim Anbau von Gemüse, Feuernte
Juni	Erdbretern, Schwämme, Lindenblüten, Wegerich	Kirchenernte, Feuernte, Anbinden des Weines, Gemüseernte und Gartenarbeiten
Juli	Brennnesseln, Baumlaub, Beerenfrüchte des Waldes, Brombeerblätter, Wegerich, Schwämme, Lindenblüten	Getreideernte, Grummeternte, Gemüseernte und Gartenarbeiten
August	Brennnesseln, Baumlaub, Beerenfrüchte des Waldes, Brombeerblätter, Wegerich, Schwämme, Knoppeln	Getreideernte, Grummeternte, Hopfenpflücke, Gemüseernte und Gartenarbeiten
September	Waldfrüchte und Beeren, Schwämme, Fallobst, Knoppeln	Kartoffelernte, Obsterte und Verarbeitung, Hopfenpflücke
Oktober	Waldfrüchte, Flechten, Fallobst, Knoppeln	Kartoffelernte, Rübenernte, Weinlese

Die Schule war das wichtigste Medium im Dienste des Staates, um die Jugend für seine Ziele zu gewinnen. Die Schüler konnten nicht nur für diverse Sammelaktionen (z.B. Buntmetallsammlungen), sondern auch für landwirtschaftliche Tätigkeiten freigestellt werden. Über die getroffenen Maßnahmen bzw. die Ergebnisse hatten die Direktionen dem Landesschulrat zu berichten. (Verordnungsblatt für das Schulwesen im Herzogtume Steiermark 1916/12, S.77)

Arbeitskräftemangel als Folge der Rekrutierung, aber auch die Reduzierung des Viehbestandes anzuführen, welche sich in zweifacher Hinsicht negativ auf die Ernteerträge auswirken mußte: zum einen standen der Landwirtschaft weniger Zugtiere zur Verfügung und zum anderen fehlte der Stalldünger, der auch durch Kunstdünger nicht ersetzt werden konnte, da die Blockade der Alliierten dessen Einfuhr verhinderte und durch den enormen Heeresbedarf an Ammoniak und Kalkstickstoffen einer Kunstdüngerproduktion im Inland der Grundstoff entzogen wurde. Zudem drückte das Fehlen von Fuhrwerken, Maschinen und Betriebsstoffen, welche requiriert wurden, sowie der Mangel an Ersatzteilen die Produktivität der Landwirtschaft.

Geht man davon aus, daß schon in Friedenszeiten die Getreideproduktion des Landes die Versorgung nur zur Hälfte deckte und der bedeutende Mehrbedarf von ca.1 Mio. Meterzentnern (=q) Mehl pro Jahr durch Zuschübe aus der Monarchie ausgeglichen wurde,¹⁰ so läßt sich das Ausmaß der Unterversorgung unter Kriegsbedingungen unschwer vorstellen. Eine Präzisierung der katastrophalen Versorgungslage bieten Daten der Wirtschaftsjahre 1916/17 und 1917/18:¹¹ von der geschätzten Ernte (16.998 Waggons Getreide und Mais) wurden 1916 tatsächlich nur 1.937 Waggons abgeliefert, eine Menge, die einem Neuntel der Gesamternte entsprach. 1918 standen einem geschätzten Bruttoertrag von 2.027.147 q an Brotgetreide nach Abzug des Saatgutes und der Verfütterungsmenge ein Ertrag von 1.443.400 q gegenüber, der für

¹⁰ Der Berechnung sind der durchschnittliche Mehlkonsum in der österreichischen Reichshälfte von 144.6 kg pro Kopf, der steirische Weizen- und Roggenertrag des Jahres 1913 nach Abzug von 2q Saatgut pro ha, die friedensübliche Ausmahlung und eine Einwohnerzahl von 1.45 Mio zugrundegelegt: vgl. dazu Loewenfeld-Russ, Volksernährung im Kriege, S.118.

¹¹ StLA, Statth.Korresp. G/1918. Das Wirtschaftsjahr dauerte jeweils vom 1. Juli bis zum 30.Juni des folgenden Jahres.

den Konsum zur Verfügung stand. Davon waren 760.800 q für den Eigenbedarf der 633.992 landwirtschaftlichen Selbstversorger (120 kg Getreide pro Kopf) vorzusehen. Die restlichen 682.600 q (6.826 Waggons) konnten nach Ansicht des Referenten jedoch nicht in die Kalkulation einbezogen werden, da die Getreideaufbringung bei einer so großen Zahl von Wirtschaftseinheiten – man ging von 150.000 Einzelwirtschaften aus – mit einem minimalen Getreideüberschuß von nur 520 kg je Einheit nicht effizient durchgeführt werden konnte. Außerdem war die Aufbringung bis zum Dezember 1917 um 50% gegenüber 1916 zurückgegangen. Im günstigen Falle war nur mit einem Drittel der vorgeschriebenen Menge zu rechnen, sodaß der Mehlbedarf der Steiermark von 175 Waggons Getreide pro Woche durch einen Zuschub von 150 Waggons gedeckt werden mußte bzw. hätte werden müssen. Der Grad der Versorgung durch das Land betrug demnach zuletzt nur mehr 15% (25 Waggons pro Woche).

Konkrete Berichte und Kalkulationen durch das Ernährungsinspektorat in Graz, der für die Zu- und Verteilung zuständigen staatlichen Stelle, bestätigten weitgehend diese Einschätzung der Lage. So standen zwischen 29. Juli 1917 und 16. Februar 1918 insgesamt 3.475 Waggon Mehl (2.847 Waggon von auswärts und 628 aus dem Land) der Steiermark zur Verfügung, wobei der Bedarf 4.574 Waggon betrug. Dieser durchschnittliche Abgang von 22% werde sich aber, so meldete der Ernährungsinspektor, bis auf 30% erhöhen, da die Zuschübe im Jänner und Februar zurückgegangen waren und die Aufbringung trotz einer beträchtlichen Steigerung von 80% gegenüber der ersten Jahreshälfte von 1917 nicht die Vorjahreswerte erreichen werde. Die dramatische Prognose für die dritte Februarwoche ließ den drohenden Zusammenbruch der Mehlversorgung in weiten Teilen der Steiermark befürchten: „Seit einigen Wochen ist es üblich, dem Lande Steiermark nur mehr für eine Woche Zuweisungen zu machen. (...) So sind der Zweigstelle für die Woche vom 17. bis 23. Febr. d.M. von Wien lediglich in Aussicht gestellt: (...) 41 Waggons Mehl. Wenn man hinzurechnet die eigene Durchschnittsaufbringung von 32 Waggons Mehl, werden für die nächste Woche bestenfalls insgesamt 73 Waggons Mehl zur Verfügung stehen, gegenüber einem Bedarf von 157 Waggons Mehl. Der Wochenbedarf des Kriegsverbandes und der Stadt Graz beträgt nahezu 70 Waggons Mehl. Es ist also klar, daß unter diesen Verhältnissen die übrigen Bezirke des Landes nichts erhalten würden.“¹²

Nachdem nun die Abhängigkeit der Steiermark vom Wirtschaftsraum der Gesamtmonarchie dargelegt worden ist, sollen im nächsten Schritt die Dependenz der österreichischen Reichshälfte von Ungarn und die sich im Verlaufe des Krieges daraus ergebenden Probleme gezeigt werden. Österreich deckte nämlich in Friedenszeiten sein Mehldefizit fast zur Gänze mit ungarischen Importen ab, doch diese hörten bis 1917 praktisch auf. Zusätzlich nahm die Gesamtproduktion an Mehl in der österreichischen Hälfte selbst zwischen 1913 und 1917/18 trotz einer höheren Ausmahlung von 85% (gegenüber 76.2% bei Weizen und 71% bei Roggen in Friedenszeiten) und der Heranziehung von Gerste und Mais zur Mehlgewinnung kontinuierlich ab. So wurden zuletzt 1917/18 nur 66,7% der Friedensmenge aufgebracht, sodaß in Öster-

¹² AdR, BMVE/AR, Ernährungsinspektoren Stmk.(=E.L.), Zl.26.277/18, in: Zl.21.064/18 (Kt.152).

reich infolge des Importrückganges insgesamt lediglich 54% der im letzten Friedensjahr 1913 zur Verfügung stehenden Menge verbraucht werden konnten.¹³ Diese Abhängigkeit von Ungarn, welches in Friedenszeiten die Versorgung gewährleistete, hätte also, nachdem die ungarischen Importe fast gänzlich eingestellt worden waren,¹⁴ zum frühzeitigen Zusammenbruch Österreichs führen müssen, wäre nicht durch Importe aus Rumänien und Deutschland eine gewisse Notversorgung ermöglicht worden. Zusätzlich wurde der drückende Getreidemangel, welcher auf Österreich lastete, durch die Getreidekontingente, die in Armeebereichen wie Galizien, Kärnten und Steiermark direkt an das Heer gingen, verstärkt. Setzt man also die steirischen Produktionsziffern in Friedens- und Kriegzeiten in Relation zu den Daten der österreichischen Reichshälfte und zieht man weiters den enormen Importrückgang aus Ungarn ins Kalkül, ist die katastrophale Unterversorgung der Steiermark im Kriege als zwingende Konsequenz anzusehen, da staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und auch Zuschübe bei weitem nicht ausreichen konnten, die negative Ernährungsbilanz wesentlich zu verändern: das Minus vor den Versorgungsdaten konnte auf keinen Fall ausgeglichen werden, und die Größenordnung dahinter war nur in einem sehr begrenzten Ausmaß positiv zu beeinflussen.

In dem zweiten für die Grundversorgung der Bevölkerung überaus wichtigen landwirtschaftlichen Produktionssektor, der Rinder- und Schweinezucht, waren die Voraussetzungen in der Steiermark besser: mit einem Anteil von 7,5% der cisleithanischen Gesamtzuchtzahl, nahm die Steiermark hinter Galizien (27%), Böhmen (25%) und Mähren (8,7%) die vierte Stelle ein, während das Kronland in der Schweinezucht mit 13% nach Galizien und Böhmen, aber noch vor Mähren an dritter Stelle rangierte. Außerdem kam Graz als zweitem wichtigen Handelsplatz für den Viehverkehr aus Ungarn eine besondere Bedeutung zu, da jährlich rund 60.000 Stück Rinder über Graz in die verschiedenen Konsumzentren Cisleithaniens gingen.¹⁵ Doch auch im Bereich der Fleischversorgung sollten die günstigen Voraussetzungen der Steiermark zur Deckung des Eigenbedarfs nicht ausreichen. Neben dem kriegsbedingten Verlust von Galizien wirkte sich nämlich der drastische Importrückgang aus Ungarn (samt Kroatien und Slawonien) an Rindern, aber auch an Schweinen¹⁶ verschärfend auf die Befriedigung des Schlachtviehbedarfs aus, da die Kontingente des Heeres, der Konservenfabriken und die Versorgung Wiens zur Gänze aus dem cisleithanischen Viehbestand gedeckt werden mußten. In dieser angespannten Situation drohte die österreichische Fleischversorgung zusammenzubrechen, als die aggressiven Aufkaufmethoden der Militärstellen und zahlreicher Händler sowie die freie Preisgestaltung in Ungarn die Preise emporschnellen ließen und die österreichischen Rinderexporte nach Ungarn –

in Friedenszeiten eine marginale Größe – sich verdoppelten.¹⁷ Diese Entwicklung war auch am Grazer Viehmarkt festzustellen: einer anfänglichen Zunahme des Rinderauftriebes bis zum Dezember 1914, bedingt durch die erzielbaren hohen Preise und den Abverkauf der überzähligen Viehbestände, folgte ein kontinuierlicher Rückgang des Auftriebes, da die bereits erwähnten militärischen Aufkäufe und die Beschickung des Wiener Marktes jenen in Graz fast zum Erliegen brachten: er wurde daher im Juni 1916 geschlossen.¹⁸

Ein weiterer Indikator für die Belastung der Steiermark hinsichtlich der Viehaufbringung ist die ständige Abnahme der „Kapazitätsziffer“, mit der eine gleichmäßige Belastung der Länder unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit erreicht werden sollte. Diese Größe, deren Berechnung das Ackerbauministerium in Hinblick auf die Größe des Landes und die Zusammensetzung des jeweiligen Viehbestandes vornahm, wurde halbjährlich festgesetzt. Die Herabsetzung der Ziffer weist auf die Verringerung des Viehbestandes hin: vom Mai 1916, als das monatliche Kontingent noch 10.760 Stück betrug, bis zum April 1918 wurde eine Reduktion auf 5.708 Stück durchgeführt, was einem Wert von 53% der ersten Kapazitätsziffer entsprach. Doch damit war die Belastung des Landes nur theoretisch festgesetzt. Der tatsächliche Wert war nämlich weitaus höher, da die gleichmäßige Erfüllung der Kontingente nicht in allen Ländern zu erreichen war. Demzufolge mußte die Steiermark in dem oben genannten Zeitraum 431.991 Stück Rinder abliefern, wodurch das errechnete und zumutbare Kontingent tatsächlich um 80,6% überschritten wurde. Mit diesem Wert hatte die Steiermark nach Böhmen (83,3%) das zweit-höchste „Zusatzkontingent“ aufgebracht.¹⁹

Der gesamtösterreichische Ausgleich der Lebensmittel funktionierte also nicht oder konnte unter den kriegswirtschaftlichen Bedingungen nicht funktionieren, wie schon am Beispiel des Getreides gezeigt wurde: daher konnte auch die Versorgung mit Fleisch nicht ausreichend gewährleistet werden, obwohl die Voraussetzungen in der Steiermark in dieser Sparte um einiges besser waren. Detaillierte Zahlen sollen die Problematik auf unterster Ebene, also im Bezirks- und Gemeindebereich, im letzten Kriegsjahr illustrieren. In einer Denkschrift belegte Anfang März 1918 eine Delegation der Wirtschaftsräte von Leoben, Donawitz und Göss, einem Bezirk, der durch den steiermarkweit stärksten Anteil an Industriearbeiterschaft und zusätzlich durch Militäreinrichtungen wie Kasernen, Wachmannschaften, Spitäler und eine Verköstigungsstation in St. Michael außerordentlich belastet und zugleich als höchst kriegswichtig eingestuft war, die ausweglos scheinende Situation in Bezug auf die Viehaufbringung mit konkreten Zahlen. Ausgehend vom schlachtbaren Bestand von 1.633 Stück und einem vorgeschriebenen Kontingent von 575 Stück war das Ende der Schlachtviehreserve binnen zweier Monate abzusehen. Zudem wurde moniert, daß der Ausgleich innerhalb der Steiermark nicht

¹³ Vgl. dazu: Loewenfeld-Russ, Volksernährung im Kriege, S.59f.

¹⁴ Die fehlende Kooperationsbereitschaft Ungarns in Fragen der Lebensmittelversorgung faßt Loewenfeld-Russ folgendermaßen zusammen: „Aber Wort und Begriff ‚gemeinsam‘ war für die ungarischen Staatsmänner ein rotes Tuch.“ (=Loewenfeld-Russ, Im Kampf gegen den Hunger, wie Anm.2, S.XVI) Aber auch Kronländer versuchten durch gefälschte Statistiken die Ausfuhr von Nahrungsmitteln zu verhindern.

¹⁵ Loewenfeld-Russ, Volksernährung im Kriege, S.31.

¹⁶ Bereits mit November 1915 erfolgte eine monatliche Kontingentierung der Schweineausfuhr. Aber selbst die zugestandenen Exportquoten wurden nicht erreicht; so betrug der Minderbezug gegenüber dem zugestandenen von November 1916 bis März 1917 fast 27.000 Stück: Loewenfeld-Russ, Volksernährung im Kriege, S.200.

¹⁷ In Ungarn gab es keine Höchstpreisregelung für Schlachtrinder. Die Einfuhr aus Ungarn betrug von Jänner bis Juni 1916 27.014 Stück, der österreichische Export nach Ungarn 17.528 Stück; ein Jahr zuvor waren noch 113.158 Stück nach Österreich transportiert worden, während nur 9.262 Stück nach Ungarn gegangen waren: Denkschrift über die von der k.k. Regierung aus Anlaß des Krieges getroffenen Maßnahmen. Dritter Teil. Jänner bis Juni 1916, Wien 1917 (=Denkschrift 3. Teil), S.32.

¹⁸ Denkschrift 3. Teil, wie Anm.17, S.215.

¹⁹ Vgl. dazu: Loewenfeld-Russ, Volksernährung im Kriege, S.194.

funktioniere, da zwischen September 1917 und Februar 1918 die vereinbarten 830 Stück Vieh nicht an den Bezirk Leoben abgeliefert wurden. Allein die zusätzliche monatliche Belastung im Februar durch die Militäreinrichtungen, so die Denkschrift, betrug 400 Stück Vieh. Trotz der Ausweglosigkeit der Versorgungssituation verlange die Statthalterei von der Bezirkshauptmannschaft, den Betrieben der Alpine eine erhöhte Fleischration zukommen zu lassen, was bedeuten würde, daß zusätzlich zu den monatlichen 1.100 Stück Vieh noch weitere aus dem Bezirksbestand geschlachtet oder aus anderen Bezirken zugeteilt werden müßten, was aber nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu erreichen sei. Die Wirtschaftsräte sahen sich daher einer unlösbaren Aufgabenstellung gegenüber. Dazu das Resümee der Denkschrift: „Mit Rücksicht auf den geringen Fleischertrag und die unvorhergesehenen Militäranforderungen kann auch bei voller Anlieferung die Versorgung nicht einmal mehr in dem bisherigen Umfange erfolgen. Es ist daher nicht ersichtlich, in welcher Weise der Auftrag, aus welchem selbst zu entnehmen ist, daß die Zentralstellen auf eine ungestörte und ausgiebige Fleischversorgung der Arbeiterschaft bedacht sind, vollzogen werden soll.“²⁰

Der Widerstand der Bevölkerung gegen die staatliche Lebensmittelbewirtschaftung

Die in der Monarchie jährlich erzielten Vieh- und Getreideüberschüsse hatten bis zu Kriegsbeginn die verantwortlichen Stellen und die Öffentlichkeit in der Auffassung bestärkt, im Bereich der Ernährung völlig autark zu sein. Infolgedessen hatte man sich „mit dem Ernährungsproblem, ja mit der Frage, ob die Nahrungsmittelversorgung überhaupt zum Problem werden könne“, so Loewenfeld-Russ zur Vorkriegssituation, „soviel wie gar nicht beschäftigt“.²¹ Diese Autarkie hatte jedoch nur für den Gesamtstaat Gültigkeit, solange seine Wirtschaftsflüsse nicht behindert wurden, zudem hatte man die Auswirkungen einer konsequenten Blockade auf die Lebensmittelversorgung nicht durchdacht, weshalb auch keine entsprechenden Planungen für den Krisenfall vorlagen. Im folgenden Kapitel sollen am Beispiel einzelner legislativer Maßnahmen einige strukturelle Veränderungen im Behördenapparat zur Sicherung der Versorgung sowie die Organisation der Getreideaufbringung in ihren Grundzügen dargestellt werden. Dabei sind vorweg zwei Tendenzen während des Kriegsverlaufes festzustellen: zum einen wurden alle Bereiche im Zusammenhang mit dem Ernährungswesen sukzessive von staatlichen Reglementierungen erfaßt, und zum anderen griffen die Maßnahmen immer tiefer in das Wirtschaftsleben ein.²² Grundlage dafür boten die Notverordnungen vom 1. und 5. Aug. 1914: durch die erste wurden Produzenten und Händler unter Strafandrohung dazu verpflichtet, die Vorräte an „unentbehrlichen Bedarfsgegen-

ständen“, worunter alle Waren zu verstehen waren, „die zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse der Menschen und als Nahrungsmittel für Haustiere dienen“, den Behörden zu melden und ihnen zu Marktpreisen zu überlassen. Die zweite Verordnung diente zur Sicherstellung der Ernte und der Feldbestellungsarbeiten, indem in jeder Gemeinde Erntekommissionen gebildet werden sollten, durch welche im Bedarfsfall Arbeitskräfte und Hilfsmittel den Betrieben zugewiesen und zudem die verpflichtende Nutzung der Anbauflächen kontrolliert wurden.²³ Als sich jedoch trotz verordneter Spar-, Streckungs- und Höchstpreismaßnahmen die Getreide- und Brotversorgung im Jänner 1915 dramatisch verschlechterte, erließ die Kaiserliche Regierung eine Sperre des Getreides, eine Maßnahme, die im Juni 1915 im Hinblick auf die Erfassung der neuen Ernte dadurch eine Verschärfung erfuhr, als die gesamten Vorräte und Ernteerträge aller Getreidesorten einschließlich Mais „mit dem Zeitpunkt der Trennung vom Ackerboden“ beschlagnahmt wurden, womit der Bauer jegliches Verfügungsrecht über seinen Bodenertrag zugunsten des Staates verlor.²⁴ Zur Abwicklung aller Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Beschaffung, der Vermahlung und der Verteilung des Getreides bzw. der Mahlprodukte – ab dem Jahr 1916 auch für die Kartoffelversorgung zuständig – wurde Ende Februar 1915 die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt (K.G.V.) ins Leben gerufen, deren Einrichtung für Loewenfeld-Russ den eigentlichen Beginn der Kriegswirtschaft darstellte: „Beschlagnahme der Vorräte durch den Staat, Übernahme der Bestände durch sein Bewirtschaftungsorgan gegen Bezahlung eines Festpreises (Übernahmepreises), Verarbeitung von Rohmaterialien durch die Veredelungsgewerbe gegen bestimmten Lohn, Verteilung der verbrauchsfertigen Ware nach bestimmten Rationen und zu festen Preisen.“²⁵ Insgesamt wurden während des Krieges rund 15 „Ernährungszentralen“, wie jene Hauptträger der staatlichen Bewirtschaftung in der Öffentlichkeit hießen, errichtet. Auch in Graz wurde eine Zweigstelle der K.G.V. eingerichtet, die von einem dem Statthalter unterstellten Regierungskommissär geleitet wurde, in dessen Kompetenz die Aufbringung des Heeresbedarfs, die Versorgung des Landes, die Erstellung von Ernährungsplänen und die Verteilung der Überschüsse an andere Länder fielen.

Ziel aller Umstrukturierungen mußte die Bündelung der aufgesplitterten Kompetenzen auf Regierungs- und Landesebene sein, damit die einzelnen Stellen schnell und effizient die Versorgungsmängel beheben konnten. Doch es sollte bis zum November 1916 dauern, bis der Ernährungsdienst, der vor allem auf das Ministerium des Innern, das Handels- und Ackerbauministerium aufgeteilt war, nach den Vorstufen der Interministeriellen Approvisionierungskommission, des Approvisionierungsbeirates über das k.k. Ministerium des Innern – Ernährungsamt zuletzt im Amt für Volksernährung zusammengefaßt wurde: als Zentralbehörde in Wien war es „zur Verwaltung aller mit der Volksernährung im Kriege unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Angelegenheiten“ zuständig.²⁶ Im Zuge der Zusammenfassung der Ernährungsagenden wurden auf Landesebene Landeswirtschaftsämter (Lawa)

²⁰ StLA, Statth. Korresp. L /1917.

²¹ Loewenfeld-Russ, Volksernährung im Kriege, S.43.

²² Als symptomatisch für diese zunehmende Reglementierung ist die Zahl der Gesetze, Verordnungen etc. auf staatlicher Ebene, die sich auf das Ernährungswesen beziehen, anzusehen; fand man 1914 noch mit 22 Stück das Auslangen, wuchs die „Flut“ 1915 bereits auf 101 an und erreichte 1917 ihren Höhepunkt mit 170 Stück; vgl. dazu: Die Ernährungsvorschriften Deutsch-österreichs, hrsg. von Kurt Frieberger, Wien 1919.

²³ RGBl 194/1914 u. 199/1914.

²⁴ RGBl 167/1915.

²⁵ Loewenfeld-Russ, Volksernährung im Kriege, S.51f.

²⁶ Wie Anm. 25, S.289ff.

eingerrichtet, denen in den Bezirken und Gemeinden Bezirks- und Gemeindefirtschaftsämter entsprachen. Wirtschaftsräte, die sich u.a. aus gewählten Vertretern der Produzenten- und Konsumentenkreise zusammensetzten, hatten die Kommunen in Versorgungsfragen zu beraten. In der Steiermark wurde am 6. April 1917 die Geschäftsordnung des neuen Amtes vorgelegt, welches unter der Bezeichnung „Landeswirtschaftsamt bei der Statthalterei“ in zwei Abteilungen (Lawa I und II) sämtliche Bereiche der Lebensmittelversorgung bis hin zur Überwachung des Lebensmittelverkehrs regelte.²⁷

Als besonders hinderlich für eine straff organisierte Versorgung erwies sich der österreichische Landes- und Bezirkspartikularismus, dessen Absperrtendenzen oft die Maßnahmen der Zentralstellen zur Sicherstellung des Länderausgleichs wirkungslos machten. Um die Landesstellen aber enger an das Amt für Volksernährung zu binden, wurde jener „äußere Ernährungsdienst“ eingerichtet, dessen Organe, die Ernährungsinspektoren, in stetem Kontakt sowohl mit der Bevölkerung als auch den Behörden und Ämtern als „Augen und Ohren“ der Zentrale die Probleme „vor Ort“ beurteilen und die gleichmäßige Handhabung der Ernährungsverordnungen überwachen sollten. Die Steiermark wurde auf drei Ernährungsinspektionsbezirke aufgeteilt: Graz, Leoben und Cilli.²⁸ Vorrangiges Ziel der Inspektoren mußte die Reorganisation des Aufbringungsdienstes sein, da in der Steiermark im Wirtschaftsjahr 1916/17 nur mehr ein Neuntel der gesamten Brotgetreideernte einschließlich Mais, Buchweizen und Hirse aufgebracht worden war und zudem in der aktuellen Wirtschaftsperiode 1917/18 bis zum 15. Dezember nur mehr 50% der Getreidemenge des Vorjahres (Stichtag 15. Dez. 1916) erfaßt waren. Als Grund wurden intern die fehlerhafte Ernteschätzung selbst bzw. die falschen Angaben der anderen Länder angeführt, welche im Gegensatz zur Steiermark von zu niedrigen Ernteschätzungen ausgehend auch geringere Ablieferungsquoten vorgeschrieben bekamen, deren Erfüllung ohne große Schwierigkeiten möglich war. Als weitere Ursache wurden die außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und Transportprobleme während der Italienoffensive im Herbst 1917 genannt.²⁹

Die gefährliche Zuspitzung des Mehllengpasses konnte nur durch eine Änderung des Aufbringungssystems verhindert werden, das bisher den einzelnen Bauern in den Mittelpunkt gestellt und ihm die Ablieferung aller Überschüsse vorgeschrieben hatte. Der dadurch erzielbare Gewinn bedeutete jedoch infolge der niedrigen Abnahmepreise offenbar zu wenig Anreiz, den Anbau zu forcieren. Das neue System, das in der Steiermark ab Sommer 1918 angewendet werden sollte, basierte auf fixen Länder-, Bezirks- und Gemeindegeldkontingenten, deren Vorschreibung, Aufteilung und Aufbringung den einzelnen Kommissionen, den sogenannten Wirtschaftsräten, überlassen waren, womit reali-

²⁷ StLA, Statth.Präs. A5b 888/1/1917. Die Geschäftstätigkeit dieser Präsidialabteilung läßt sich nur durch die Geschäftsordnung und Hinweise in anderen Beständen bruchstückhaft dokumentieren, da in den Beständen des StLA kein entsprechendes Aktenmaterial vorhanden ist.

²⁸ Oskar Mayer Edler von Bugström, k.u.k. Obstlt., war bis zum Februar 1918, danach Dr. Hans Pichler für den Grazer, Dr. Anton Loos, k.k. Postsekretär, für den Leobener und Hugo Baltz von Balzberg, k.k. Oblt. a.d.E., für den Cillier Inspektionsbezirk zuständig. Ihre z.T. minutiös geführten und auch umfangreich erhaltenen Amtstagebücher vermitteln einen detailreichen und zugleich lebendigen Einblick in die schwierige Approximationssituation.

²⁹ StLA, Statth.Korresp. 1918/Getreideaufbringung.

stischere Größenordnungen gewonnen werden sollten. Zwangsmaßnahmen waren nur in solchen Fällen vorgesehen, in denen die freiwillige Ablieferung, d.h. der Verkauf an die K.G.V., nicht die geforderten Ergebnisse brachte. Die rechtzeitige Erfüllung der Gemeindequote wurde mit dem Entfall der Vorratsaufnahme und jeder Zwangsmaßnahme sowie höheren Produzentenpreisen honoriert. Bei Nichterfüllung konnten auch kollektive Sanktionen, wie z.B. die Vorratsabnahme in der ganzen Gemeinde unter militärischer Assistenz, eingesetzt werden. Doch positive Anreize, die von der Erlaubnis zur Benützung der Hausmühlen bis zur Ausstellung von Mahlbescheinigungen für die allgemeinen Mühlen reichten, sollten dem wirtschaftlichen Denken der Landwirte entgegenkommen und sie damit nicht nur zur freiwilligen Ablieferung, sondern vielmehr zu verstärktem Anbau anregen.

Dieses reformierte System wurde auf Informationsveranstaltungen bekanntgemacht, auf denen Wanderlehrer vor allem mit positiven Argumenten zur verstärkten Ablieferung motivieren sollten, indem sie die Bauern über die Hintergründe des Krieges aufklärten und ihnen die Bedeutung, welche ihnen in dieser Auseinandersetzung zukam, vor Augen führten. Denn erst die Bauern ermöglichten, so die Instruktionen für die Wanderlehrer, durch die rechtzeitige Ablieferung der Nahrungsmittel den Sieg, der nach dem Ausscheiden Rußlands aus dem Krieg im März 1918 und dem Vormarsch der k.u.k. Truppen in Italien in greifbare Nähe gerückt schien. Weiters wurde durch die Gleichsetzung des Hinterlandes mit der Kriegsfront an das soldatische Kameradschaftsgefühl der Bauern appelliert: denn „Keiner von Euch würde“, lautete die Analogie, „wenn er im Schützengraben stände und die Patronenverschläge in Verwahrung hätte, im Kampfe dem Hauptmanne und den Kameraden fälschlich sagen, es sei nichts in den Kisten und so die Front an manchen Stellen zusammenbrechen lassen – dasselbe tut, wer Getreide hinterzieht.“³⁰

Durch diese Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit sollte der Widerstand der Bauern gegen die Requirierungen gebrochen werden, der von passiver Resistenz bis zu Tötlichkeiten und Totschlag reichte. Diese Aggressivität konnte im Dezember und Jänner 1918 der Ernährungsinspektor Oskar Mayer v. Bugström (s. Anm. 28) im Zuge einer Revision der Getreideaufbringung feststellen: „Die Stimmung der Bauern übergang (sic!) daher an vielen Orten von Erregung zu Wutausbrüchen: Die Erschlagung des Steuerassistenten Wiederwohl spricht davon. Aber diese Erbitterung und hohe Gereiztheit geht noch aus folgenden Umständen hervor: zahlreiche politische Beamte (Amtsvorstände, Bezirkswirtschaftsreferenten etc.), dann Beamte des Exekutivdienstes, dann Kommissäre der Kriegsgetreideverkehrsanstalt erhielten Drohbriefe, welche ihnen vom Durchprügeln bis zum langsamen qualvollen Tod alle möglichen Martern in Aussicht stellten, wenn die Getreide-Vorratsaufnahme fortgesetzt bzw. straff durchgeführt würde; von Drohungen mit Worten bis zum Angriffe mit Werkzeugen gegen die Aufnahmsorgane war ich selbst Augen- und Ohrenzeuge. ... Abgesehen von allen anderen Unannehmlichkeiten äusserten sich

³⁰ StLA, wie Anm. 29; Wanderlehrer, die aus den landwirtschaftlichen Kreisen stammten oder ihnen nahestanden, sollten die wichtigsten Pfarrorte bereisen. Rhetorische Fähigkeiten und eine gewisse Vertrauensposition bei der Bauernschaft waren weitere Voraussetzungen für die Referententätigkeit. Daher wurden vor allem Geistliche und Fachlehrer als Instruktoren eingesetzt, die wiederum Nebenlehrer zu ihrer Unterstützung ausbildeten.

diese Drohungen auch dadurch sehr nachteilig, dass sich Sachverständige und Vertrauensmänner von der Vorratsaufnahme zurückzogen.³¹

Als Gründe für die aggressive Stimmung unter der Bauernschaft führte v. Bugström neben der Einschränkung des Eigenbedarfs die oftmalige Wiederholung der Vorratsaufnahmen in den Gehöften an, wobei Militärmannschaften die Anwesen nach versteckten Lebensmitteln durchsuchten, was von den Landwirten als eklatante Verletzung ihrer Privatsphäre aufgefaßt wurde. Der Berichtersteller sah außerdem in den schlecht instruierten und nicht mit den Soldaten kooperierenden Kommissionen, die sich noch dazu mit den Bauern fraternisierten, die Hauptursache für die Ineffektivität der Nahrungsmittelaufbringung, welche letzten Endes zur Renitenz und Aggressivität der Bauernschaft führte. Abhilfe konnte nur geschaffen werden, so der Vorschlag, wenn gut ausgerüstete und ausgebildete Kommissionen unterstützt von Militärmannschaften eine einmalige, aber rigorose Vorratsaufnahme durchführten und die Lebensmittel sogleich abtransportierten, denn das nachträgliche Aufspüren der Verstecke würde zu unnötigem Zeitverlust führen. Zielführend wäre außerdem die Plakatierung der Ablieferungsquoten mit Namensnennung, da Mayer v. Bugström im nachbarschaftlichen Neid den schärfsten Kontrollmechanismus für die Erfüllung der Abgabequoten sah. Daher lautete seine Devise: „Der beste Freund des Bezirkshauptmannes ist in Ablieferungsangelegenheiten der Nachbar des Ablieferungspflichtigen.“³²

Die Änderung des Aufbringungssystems wurde von den Bauern, wie vom Cillier Ernährungsinspektor festgestellt wurde, positiv aufgenommen. Ende Mai 1918 meldete er für den Inspektoratsbezirk Cilli: „Ich darf konstatieren, dass in allen bis auf einen Bezirk, wo das Contingent, falls es ohne Requisition aufgebracht werden darf, ohne Einzelvorschreibung hereinbracht werden dürfte, die Geneigtheit besteht, das Bezirkscontingent in der von mir in Vorschlag gebrachten Art und Weise hereinzubringen.“³³

Die ersten Bezirksergebnisse gaben auch zu einer optimistischen Prognose Anlaß: eine 70%ige Aufbringung der Notkontingente in der Untersteiermark, eine 100%ige Erfüllung des Kontingents für 1917 in Radkersburg und selbst eine 75%ige Ablieferungsquote beim Notkontingent im Bezirk Leibnitz, der wegen des Flüchtlingslagers und der sich daraus ergebenden Ernährungsprobleme (z.B. Flurdiebstahl) als besonders schwierig eingestuft wurde, ließen auf

³¹ AdR. BMFVE/AR, E.I., Zl.21.064/1918 (Kt.152). Der traurige Höhepunkt der Angriffe auf staatliche Organe ist sicher im Überfall von fünf Frauen und einem als Frau verkleideten Mann am 5. Jänner 1918 in Formin bei Pettau auf den Steuerassistenten Josef Wiederwohl zu sehen, der seinen Verletzungen auf dem Weg ins Krankenhaus erlag. Als Ursache für den Gewaltausbruch wurde in der Untersuchung das „sehr strenge“ Vorgehen des Beamten bei den Getreiderequisitionen angegeben. Weiters bedrohten Ende Februar Frauen in Rann Aufbringungsmannschaften und verhinderten den Abtransport des Getreides: AVA, M.d.L., Präs.22/Stmk. 1915–18, Zl.1843/18 und 6347/18 (Kt.2138). Vgl.dazu und zu den Militärassistenten im Zuge der Requirierungen: Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan, Innere Front. Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918 (=Veröffentlichungen des Österr. Ost- und Südosteuropa-Instituts, Bd.8/9) Wien 1974, Bd.1, S.231f; zum Tod des Steuerassistenten auch: Hansak, Die steirische Landwirtschaft im 1. Weltkrieg, wie Anm.9, S.73. Im Hinblick auf den oben zitierten Bericht des Ernährungsinspektors und die dokumentierten Fälle ist das Resümee Hansaks betreffend die Gewalttätigkeit der Bauernschaft (S.91) zu relativieren, wenn er meint: „Unter der strengen Gesetzgebung der Kriegswirtschaft kam es nur vereinzelt zu Unmutsäußerungen und Widerständen gegen die staatliche Autorität.“

³² Wie Anm.31.

³³ AdR, BMFVE/AR, E.I., Zl.80.746/1918 (Kt.152).

ein „Aufbringungsergebnis“ schließen, „wie es bisher noch niemals erzielt werden konnte.“ Doch zwei Vorfälle kontrastierten diese positive Einschätzung der Situation: in Axbach (Bez. Feldbach) sah sich am 26. April 1918 die Aufbringungsmannschaft einer mit Dreschlegeln und Knüppeln bewaffneten Menge von 100 Bauern gegenüber, sodaß sie die Flucht ergreifen mußte, und eine Woche später wurde der Aufbringungsoffizier Josef Kafka im Bezirk Leibnitz attackiert und niedergeschlagen. In Einschätzung der Lage stellte der Statthalter fest, daß sich „die Anzeichen höchster Erregung unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung ... von Tag zu Tag mehren“.³⁴

Verschiedene Faktoren beeinflussten die Bereitschaft der Landwirte, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen oder sich aber ihr zu entziehen: dazu zählten sicher auch die unternehmerischen Möglichkeiten, die sich den Bauern durch die Nähe zu Großstädten boten. So wurden z. B. die landwirtschaftlichen Überschüsse des Bezirkes Hartberg von professionell organisierten Schiebern zu erhöhten Preisen aufgekauft und via Aspangbahn nach Wien gebracht. Neben dieser Problematik veranlaßte die Zunahme der Einbruchskriminalität den Bezirkshauptmann im Mai 1918, sich mit der Bitte um Beistellung von mindestens 30 „deutschsprechenden, intelligenten und bewaffneten“ Soldaten an die Statthalterei in Graz zu wenden; denn „diese 30 Mann“, so lautete die Begründung, „könnten auch bei der Aufbringung des Getreidekontingentes mitwirken, wobei ich betone, dass die Aufbringung des Notkontingentes ... wegen der übermäßigen Hamsterei ohnedies auf die grössten Schwierigkeiten stossen wird und die volle Aufbringung der vorgeschriebenen 25 Waggons, da der Bezirk durch die Hamsterei fast leer gesogen ist, kaum möglich sein wird.“³⁵ Es war aber auch in Zukunft zu fürchten, „dass der Bezirk Hartberg für die Approvisionnement des Landes Steiermark zu grossen Teilen ausgeschaltet sein wird.“³⁶ Im Falle von Feldbach bot die Grenznähe die Möglichkeit, durch Lebensmittelschmuggel höheren Gewinn als im Inland zu erzielen. Da die steirischen Produzentenpreise unter den ungarischen lagen, gingen die Lebensmittel tonnenweise über die Grenze nach Ungarn: so wurden zwar bis zum 23. September 1918 123 Waggons Getreide aufgebracht, d. h. rund ein Viertel des vorgeschriebenen Kontingents, jedoch geschätzte 60 bis 70 Waggons gingen im „Bahn- und Straßenschleichverkehr“ über die Grenze.³⁶ Gerade von diesem Bezirk war das neue Aufbringungssystem ausgegangen, das letztendes auch nicht ohne Zwang funktionierte. Auf Grund der Erfahrungen mit diesem Bezirk zog der Ernährungsinspektor Dr. Pichler am 19. Oktober, also kurz vor Kriegsende, das resignative Resümee, „daß auch die freiwillige Aufbringung nur klappt, wenn in unwilligen Gemeinden bzw. bei unwilligen Besitzern sofort der Zwang einsetzt. Es wurde beschlossen, nunmehr mit dem Zwang zu beginnen, allerdings hat gerade in diesem Augenblick das Kriegsministerium die gesamte Aufbringungsmannschaft einberufen.“³⁷ Damit hatte der Staat sich der Mittel begeben, seine Forderungen durchzusetzen und stand davor, auch den Kampf im Hinterland zu verlieren.

³⁴ AVA, Mdl, Präs.22/Stmk.1915–18, Zl.12.566/18 u. 12.581/18 (Kt.2138).

³⁵ AdR, BMFVE/AR, E.I., Zl.84.971 in Zl.21.473/1918 (Kt.152).

³⁶ AdR, BMFVE/AR, Stmk 1918–19, Zl.151.074/1918 (Kt.122). Auch steirisches Vieh wurde auf diese Weise nach Kroatien gebracht und um 200% teurer reimportiert.

³⁷ AdR, BMFVE/AR, E.I., Zl.323/1918 (Kt.130).

Der völlige Zusammenbruch der Versorgung war abzusehen, und die politischen Lager glaubten, die Schuldigen zu kennen: für die Sozialdemokraten waren es die „Kapitalisten, egal ob deutschnationaler Juden oder Christlichsoziale“,³⁸ für die deutschnationalen und christlichsozialen Kreise die staatlichen Wirtschaftszentralen, deren „Mißwirtschaft und Preistreiberei“ für die Unterversorgung verantwortlich seien. So lautete die Argumentation auf den Deutschen Volkstagen, die im Verlauf des Jahres 1918 vor überwiegend bäuerlicher Bevölkerung abgehalten wurden. Schützend stellten sich daher die Redner, wie der Rottenmanner Bürgermeister Dr. van der Hellen, vor die Bauern, indem er die Wirtschaftszentralen als „Asyle für Preistreiber“ oder den „Zwischenhandel und den Lebensmittelwucher“ als die Ursache der enormen Steigerung bezeichnete. Die eigentlichen Schuldigen im Hintergrund waren jedoch nach Ansicht einiger Redner die Juden. Kaplan Josef Steinberger, Direktor des Volkshaus St. Martin, sah im „jüdischen Einfluß auf die Volksernährung“ die Hauptursache für die Ernährungskrise. Vor rund 1.000 Zuhörern lenkte er in Voitsberg die Unzufriedenheit mit dem Staat auf die Juden: „Der Jude beherrscht heute unsere Volkswirtschaft und saugt die Bauernschaft aus. Kein Wunder, wenn sich unter solchen Verhältnissen die Juden keiner Beliebtheit unter den Bauern erfreuen.“³⁹ Auch der Waltersdorfer Dechant rief Ende September in Fürstenfeld dazu auf, „den jüdischen Einfluß ... in der überwiegend von Juden und jüdischem Kapital geleiteten Wirtschaft zu brechen“.⁴⁰

Mit dem Kriegsende waren die Ernährungsgrundlagen der Steiermark zerstört, und das war nicht ohne das Mitverschulden der staatlichen Stellen geschehen. Diese Erkenntnis hatte sich auch in den Behörden durchgesetzt. In diesem Zusammenhang notierte der bereits erwähnte Dr. Pichler in seinem Amtstagebuch am 2. Oktober ein Gespräch mit Dr. Wutte, zu diesem Zeitpunkt noch Leiter des Landeswirtschaftsamtes, in welchem dieser die Hintergründe des Lebensmittelmangels nannte: „Aussprache mit Dr. Wutte, der in Lawa eine hervorragende Stellung einnimmt und der hauptsächlichlicher Träger des Gedankens ist, daß die Steiermark vom Amt für VE stiefmütterlich behandelt wird. Berechtigt scheint diese Auffassung insofern, als das Land durch die allzuweit getriebenen Viehanforderungen sichtlich ruiniert wird, während die Zuweisungen insbesondere von Fleisch und Kartoffeln für die zur Hälfte industrielle

³⁸ AVA, Mdl, Präs.22/Stmk.1915–18, Zl.16.953/18 (Kt.2138).

³⁹ Wie Anm. 38, Zl.22.689/18.

⁴⁰ Wie Anm. 38, Zl.22.688/18.

Insgesamt nahmen an den zwölf Volkstagen 15.000 Personen teil, eine Größenordnung, die verglichen mit den Demonstrationen der Sozialdemokraten, welche z.B. am 20. Jänner 1918 an die 30.000 Teilnehmer für eine Friedensdemonstration in Graz mobilisieren konnten, nicht allzu bedeutend ist, andererseits aber auf die lose Organisationsstruktur des nationalen und christlichen Lagers zurückzuführen ist. Die eigentliche Zielsetzung der Volkstage ist im Kampf gegen die großserbischen Bestrebungen und den slowenischen Separatismus zu sehen. Auch wurden in den „Entschließungen“ die deutliche Förderung bzw. Bevorzugung der deutschen Bevölkerung in allen Bereichen („Österreich ist deutsch, oder es wird nicht sein!“), freier Zugang zur Adria via Triest sowie die stärkere Kooperation mit Deutschland gefordert. Trotz der massiven Kritik an den Regierungsstellen wurde die Abhaltung der Volkstage in Hinblick auf die „Duldung der sozialdemokratischen Veranstaltungen“, wie die interne Begründung der Statthalterei lautete, genehmigt. Die Volkstage verliefen durchwegs ohne Ruhestörung, und ein Vorgehen der staatlichen Organe gegen die Redner auf Grund der getätigten Aussagen schien mit Rücksicht auf die ohnehin gereizte Stimmung nicht opportun.

Konsumentenbevölkerung gewiss unzureichend sind. Es ist fraglich ein Konsens, daß das Land sein Vieh für die Garnison, die Front und für Wien billig abgeben muß, um dann für wahnwitzige Preise ungarisches Vieh und Fleisch zu kaufen.“ Die Steiermark war gegenüber Überschußländern und Wien, so räumte der Ernährungsinspektor ein, benachteiligt und stellte als Zuschußland im „Interessenskampf um das Volksernährungsamt.....den schwächsten Teil“ dar.⁴¹

Überlebensstrategien der Bevölkerung – der Rucksackverkehr

„Mein Vater mußte gleich zu Beginn des Krieges einrücken, und wir hatten bald nichts mehr zu essen“, erinnert sich der Grazer Karl Kaulich an seine Kindheit. „So ging ich“, setzt er fort, „mit meiner Mutter hamstern, und da wir niemanden kannten, war der Erfolg gering. Meine Mutter war verzweifelt und ging mit uns vier Kindern zum Magistrat, stellte uns in eine Kanzlei mit der Forderung um Essen und sagte, sonst gehen wir nicht weg. Wir bekamen Polenta und Marmelade und Brotmarken, mit welchen ich mich zuerst schon abends anstellte, dann meine Schwester und in der Nacht meine Mutter, bis morgens wieder eine Lieferung kam.“⁴²

Hunger und Lebensmittelbeschaffung bestimmten den Alltag, wie die Erinnerungen zeigen vor allem der städtischen Bevölkerung, und hier wieder war der Mittelstand am stärksten betroffen, während die Belegschaften der als kriegswirtschaftlich wichtig eingestuften Betriebe wie auch das Eisenbahnpersonal und die Sicherheitsorgane mit einer bevorzugten Versorgung rechnen konnten und zudem über eigene Versorgungsstrukturen verfügten. Für die Industriearbeiterschaft waren diese vom Wirtschaftsverband Industrieller in Steiermark geschaffen worden, da „Aufstände“ der Arbeiter, aber auch häufiger Arbeitsplatzwechsel aus Gründen der Lebensmittelknappheit die Produktion beeinträchtigten. Nach monatelangen Vorbereitungen, die im Herbst 1916 einsetzten, konnte am 10. Juni 1917 mit der Fertigstellung der „Verpflegsstandevidenz“ und der Bereitstellung entsprechender Mehlvorräte die Verteilung der Mehlrationen begonnen werden. Insgesamt wurden anfänglich in der Steiermark 217.060 Arbeiter mit ihren Angehörigen erfaßt, von denen ca.77.000 als Schwerarbeiter eingestuft waren. Am Jahresende wurden bereits 251.243 Personen, darunter 98.482 Schwerarbeiter, über 222 Warenausgabestellen vom Kriegsverband versorgt, eine Größenordnung, die rund 17% der steirischen Gesamtbevölkerung entsprach. In den wichtigsten Industriebezirken jedoch, wie Bruck, Leoben und Mürzzuschlag, wurden zwischen 50% und 66% der Wohnbevölkerung vom Kriegsverband verpflegt, während die Stadt Graz absolut den größten Verpflegsstand mit 41.720 Personen aufwies. Neben Mehl bzw. Brot kamen Zucker und Erdäpfeln zur Verteilung; zugleich war durch diese Form der Verpflegung auch eine Verbrauchskontrolle gegeben.⁴³

⁴¹ Wie Anm. 37.

⁴² Christa Hämmerle (Hg. und Vorwort), Kindheit im Ersten Weltkrieg, Wien-Köln-Weimar 1993 (=Damit es nicht verlorengeht..., Bd.24), S.227.

⁴³ Dazu: Kriegsverband steirischer Konsumanstalten und Konsumvereine, Bericht über das Geschäftsjahr 1917, Graz 1918. Insgesamt wurden 305 Betriebe aus allen Industriezweigen im Kriegsverband zusammengefaßt: neben der Eisen- und Stahlproduktion und dem Bergbau reichten die Produktionsbereiche bis zu graphischen Betrieben.

In Graz und Eggenberg erfolgte die Abgabe verbilligter Lebensmittel an „Arme“ bzw. „Festbesetzte“, wie z.B. Lehrer und Kanzleibeamte, seit April 1915 durch den „Steiermärkischen Frauen-Hilfsausschuß“ in eigenen Abgabestellen, für die Beamten nach Amt und Berufsgruppe gesondert. Die nötigen Legitimationskarten wurden von der Statthalterei ausgestellt: die Evidenz umfaßte Ende 1916 14.678 Parteien mit 39.837 Personen (in Eggenberg 7.886), davon betrug die Zahl der „Armen“ 9.986 Parteien mit 24.411 Köpfen.⁴⁴ Diese Form der Lebensmittelabgabe wurde nach dem Grazer Modell auch in anderen steirischen Städten und Industrieorten durchgeführt. Die Finanzierung der Lebensmittelstützungen erfolgte überwiegend durch private Gelder, die durch Sammlungen und Wohltätigkeitsveranstaltungen aufgebracht wurden, aber auch der steiermärkische Approvisionierungsfonds stützte die Lebensmittelpreise. Ab 1917 erfolgte die Verteilung des von der Getreideverkehrsanstalt zur Verfügung gestellten Getreides über das Approvisionierungsamt, später das städtische Ernährungsamt. Die minderbemittelte Bevölkerung konnte sich an das Wohlfahrtsamt wenden, welches neben Brot- und Mehlkarten auch Fett- und Zuckerkarten ausgab. Allein im Jahr 1917 wurden bereits ca. 80.000 Anspruchsberechtigte registriert, an welche jeweils über 2,4 Millionen Bezugskarten⁴⁵ für die einzelnen Lebensmittel ausgegeben wurden, eine organisatorische Leistung, welche nur mit einem Parteienverkehr von täglich 1.000 bis 1.500 Personen zu bewältigen war. Weiters wurden in Volks- und Kriegsküchen ebenfalls verbilligt oder kostenlos Speisen an die ärmste Bevölkerungsschicht verabreicht.⁴⁶

Der Bezug verbilligter Fleischrationen wurde von der Österreichischen Viehverwertungsgesellschaft in der Zweigstelle Graz organisiert, von der Ende 1916 ca. 40.000 Personen mit Rindfleisch versorgt wurden, bis im letzten Kriegsjahr die gesamte Fleischverarbeitung und -verteilung zentralisiert wurde, sodaß nicht nur die Verteilung kontrolliert, sondern auch die Schlachtung von der Gemeinde durchgeführt wurde. Am schwierigsten jedoch gestaltete sich die Milchversorgung im städtischen Bereich, da in Graz nach zwei Kriegsjahren die Milchmenge sukzessive auf 20% der Vorkriegslieferung⁴⁷ zurückgegangen war: die niedrigen Milchpreise veranlaßten nämlich die Bauern, die Milch an das Vieh, mit dessen Verkauf größere Gewinne zu erzielen waren, zu verfüttern und nur geringe Mengen an die Bevölkerung abzugeben. Daher konnte in Graz oft nur mehr ein Viertelliter pro Kopf und dieser auch nur an Kinder, Kranke und stillende Mütter, d.h. an Personengruppen, die durch die Ernährungsmängel besonders gefährdet waren, ausgegeben werden.⁴⁸

Die Minimalversorgung der Bevölkerung konnte mit Kriegsverlauf wegen der bereits genannten Aufbringungsschwierigkeiten und der Priorität der Heereskontingente nur durch Streckungsmaßnahmen⁴⁹ und die sukzessive Redu-

⁴⁴ StLA, Statth.Korresp. 1917/Lebensmittel. Die Teuerungsdaten für die wichtigsten Lebensmittel (amtliche Höchstpreise) betragen im Zeitraum Juli 1914 bis Juli 1918 in Graz wie folgt: Mehl 172%, Brot 42%, Schmalz 422%, Zucker 73%, Rindfleisch 237%: Statistisches Handbuch für die Rep.Österreich, Wien 1920, S.49ff.

⁴⁵ Die Stadt Graz – ihre kulturelle, bauliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten sechzig Jahren nebst kurzen geschichtlichen Rückblicken, Graz 1928, S.34ff.

⁴⁶ StLA, Statth.Korresp. 1917/Graz.

⁴⁷ Das österreichische Ernährungsproblem, hrsg.v.BM f. Volksernährung, wie Anm.9, S.385.

⁴⁸ Wie Anm. 45, S.37.

⁴⁹ Vgl. dazu: Löwenfeld-Russ, Volksernährung im Kriege, S.119 ff. Das „Kriegsbrot“ z.B. durfte zu 30% mit Gersten- oder Maismehl oder sogar mit Kartoffeln gestreckt werden. Auch



Die notleidende Bevölkerung mußte mit verbilligtem Essen versorgt werden. Auf dem Bild aus dem Jahre 1916 ist eine „Speiseausgabestelle“ zu sehen. (Landesmuseum Joanneum, Bild- und Tonarchiv RF 137857).

zierung der Verbraucherquoten gewährleistet werden, wobei auch die tatsächlich abgegebenen Mengen oft nicht den festgesetzten Quoten entsprachen und meist zu spät zur Verteilung kamen. Neben dem jahreszeitlich bedingten Produktionszyklus der Landwirtschaft beeinträchtigten nämlich noch andere Faktoren die Verteilung der Lebensmittel. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Transportschwierigkeiten zu nennen, welche auf den Primat des Heeres gegenüber der Zivilbevölkerung zurückzuführen waren. So konnte z.B. im Herbst 1917, wie bereits erwähnt, auf Grund der Beanspruchung des Eisenbahnmaterials für die strategische Vorbereitung und Durchführung der 12. Isonzoschlacht die Kartoffelernte nur verspätet und teilweise verdorben in die Städte transportiert werden.⁵⁰ Da eine Bevorratung größerer Mengen wegen der geringen Quantitäten, die zur Verfügung standen, unmöglich war, mußte jede Transportverzögerung den Verteilungsplan zunichte machen. Deshalb erfolgte die Versorgung meist erst nach entsprechenden Protesten der Bevölkerung und energischen Interventionen der verantwortlichen Landes- und Gemeindevertreter, welche in kritischen Berichten vor einer Eskalation der Unruhen warnten. Somit richtete sich die Lebensmittelverteilung auch nach dem Grad und dem Ausmaß der Urgenzen, und die vorübergehende Versorgung der einen Gemeinde erfolgte auf Kosten einer anderen, was bedeutete,

durch eine höhere Ausmahlung des Getreides sollte der Produktionsrückgang kompensiert werden.

⁵⁰ Dazu: Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz-Wien-Köln 1994, 2.Aufl., S.503f.

daß der völlige Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung nur dadurch verhindert werden konnte, indem temporäre Krisen einkalkuliert und von einer Versorgungseinheit in die andere verschoben wurden: es konnte also nur eine Frage der Zeit sein, bis die Hungerkatastrophe über die gesamte Bevölkerung hereinbrach.

Wenn auch die Lebensmittelrationen oft nur verspätet und zeitweise auch in gekürzter Menge (z.B. fleischlose Tage und Wochen) verteilt wurden und daher den einzelnen Größenordnungen nur theoretische Aussagekraft zukommt, sollen im Folgenden die zentral festgelegten Lebensmittelquoten genannt werden, um vor diesem Hintergrund die verzweifelten und staatlich tolerierten Versuche der Bevölkerung, sich Zusatzrationen zu verschaffen, verständlich zu machen. Die erste Maßnahme der „Verbrauchsregelung“ erfolgte am 26. März 1915, als den „Nichtselbstversorgern“ eine tägliche Getreidemenge von 200g zugesprochen wurde. „Selbstversorgern“, zu denen Bauern, deren Familien und am Hof Beschäftigte zählten, und ebenso Schwerarbeitern standen 300g Getreide pro Tag zu. Diese Quote blieb – zumindest theoretisch – bis zum Jänner 1918 aufrecht, als die Rationen auf 165g für die Normalverbraucher, auf 225g für Selbstversorger und 265g für Schwerarbeiter heruntersetzt wurden.⁵¹ Diese Getreidemengen wurden nach dem Faktor 5:7 in Brot umgerechnet, sodaß z.B. die den Normalverbrauchern anfangs zustehende Brotmenge 280g betrug, was rund einem Viertel des nach dem Verbot der verschiedenen Gebäcksformen einheitlichen Normallais von 1.260g entsprach. Die Fleischration betrug inklusive 20% Knochenzuwaage 200g pro Woche, wieder unter der Voraussetzung, daß die Rationen überhaupt zur Verteilung kamen.

Daß unter diesen Voraussetzungen der Kampf ums „tägliche Brot“ und ums Überleben nicht nur mit Einsparungen und einfachen Kriegsrezepten zu gewinnen war, ist im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Lebensmittelmengen verständlich. Deshalb kam der zusätzlichen Lebensmittelbeschaffung außerhalb der Städte größte Bedeutung zu. Diese „Kostzubeußen“, welche „von den Angehörigen der minderbemittelten Bevölkerungskreise ... zur Erleichterung ihrer durch den Krieg außerordentlich erschwerten Lebensmittelführung für sich und ihre Familienmitglieder mitgeführt wurden“, waren, wie es im Merkblatt für die „Aufsichtsorgane der politischen Behörden und des Überwachungsamtes für den Lebensmittelverkehr“ hieß, nicht zu beschlagnahmen und stellten die legalisierte Form der in der Amtssprache auch „Rucksackverkehr“ genannten Lebensmittelbeschaffung dar.⁵² „Hamstern“ jedoch, worunter der Erwerb von Lebensmitteln zwar für den eigenen Haushalt, aber über den laufenden Bedarf und die zukommende Höchstmenge hinaus zu verstehen war, und auch der gewerbsmäßige Wiederverkauf waren verboten und wurden geahndet. Auch der Versand der staatlich bewirtschafteten Artikel (neben Mehl, Getreide auch Fette, Kartoffeln, Eier, Zucker und Kaffee) wurde kontrolliert und eine nicht ordnungsgemäße Deklaration führte zur Beschlagnahme der Fracht. Welches Ausmaß diese Einkäufe annahmen, geht aus der

Einschätzung eines Ernährungsinspektors hervor, der für Spielfeld einen täglichen Umschlag von 1.500 bis 2.000kg Getreide bzw. Mahlprodukten in Richtung Leibnitz und Marburg annahm.⁵³ Diese Größenordnung, die in einem einzigen Bahnhof erreicht wurde, läßt auf die Gesamtumschlagsmenge innerhalb der Monarchie und die Auswirkungen auf die staatliche Wirtschaftsplanung schließen, der damit einkalkulierte und dringend benötigte Getreidekontingente nicht zur Verfügung standen. Daher drängte das Amt für Volksernährung auf eine strenge Durchführung der Lebensmittelkontrollen auf den Bahnhöfen, doch die Steiermärkische Statthalterei sah im „kleinen Schleichverkehr“ eine Möglichkeit für die Bevölkerung, die permanente Unterversorgung geringfügig zu mildern. In diesem Sinne riet das Landeswirtschaftsamt auch, „alle Maßnahmen, die auf die Bekämpfung des Rucksackverkehrs hinausgehen, nur mit äußerster Vorsicht einzuleiten.“⁵⁴ Völlig konträr jedoch zum Amt für Volksernährung, das die Beschlagnahme der gesamten Frühkartoffelernte verfügte, gingen die steirischen Behörden im Juli 1918 vor, als sie die Sperre im Marburger- und Pettauer Becken lockerten. Neben der staatlichen Kartoffelaufbringung, für die zwei Wochen vorgesehen waren, sollten nämlich Einzelpersonen diesen Anteil, der ihnen laut Bezugskarte zustand, bei den Bauern einkaufen und nach Hause transportieren dürfen. In der Statthalterei-korrespondenz findet sich der Entwurf eines Zeitungsartikels, mit dem an „Bauern, Bürger, Städter, Arbeiter“ appelliert werden sollte, sich an diese Regelung zu halten, damit nicht einige wenige, d.h. die „Flinken und Gewandten“, ihren Bedarf zwar reichlich, aber auf Kosten der „schwachen“ und über „geringe Mitteln“ verfügenden Werk tätigen eindeckten. In dieser Situation wäre es jedoch besonders an der Bauernschaft gelegen, die Einhaltung der Abgaberegulierung zu gewährleisten. Ihr sei die gleichmäßige Ernährung der Steiermark überantwortet, und der Bezirkshauptmann bzw. sein Amt appelliere an ihr Mitleid: „Diese Mengen Frühkartoffeln hebt für Mitmenschen auf, denen ich sie zuführen muß, weil sie sonst nichts haben! Bei diesen Gedanken wird Euch das Stück Geld, das Packl Tabak oder Zucker nicht mehr so leicht verlocken mögen.“⁵⁵

Ohne die teilweise Freigabe des Rucksackverkehrs wäre die Versorgung der Bevölkerung in diesem Monat wahrscheinlich zusammengebrochen. Alarmierende Meldungen aus Graz signalisierten seit Juni 1918 eine dramatische Verschlechterung der Ernährungssituation: die Versorgung erfolge nur mehr von „Mund zu Mund“ und die Stimmung drohe „explosiv“ umzuschlagen, sollten

⁵¹ AdR, BMfVE/AR, Stmk.1918–19, Zl.106.376/1918 (Kt.122). Im Bezirk Leibnitz wurden vor allem die im Lager Wagner untergebrachten Flüchtlinge für die Lebensmittelaufkäufe und die schlechte Versorgungslage verantwortlich gemacht; Marburg war als städtisches Ballungszentrum mit den Südbahnwerkstätten auf zusätzliche Lebensmittelaufkäufe angewiesen. Eine ähnlich große Bedeutung als Warenumschlagplatz hatte durch seine Nähe zu Ungarn Feldbach (vgl. S.109).

⁵² StLA, Statth.Korresp. 1918/Rucksackverkehr.

⁵³ Wie Anm. 54, 1918/Rucksack-Kartoffel. Die Anreize, welche der private Handel bot, müssen sehr groß gewesen sein, zieht man die Mengen der im Rucksackverkehr getätigten Geschäfte in Betracht, bei denen die Preise die amtlichen Höchstmarken überstiegen. Sehr treffend kam dieser Geschäftssinn, der sicher nicht für die gesamte Bauernschaft charakteristisch ist, in der Äußerung einer Kärntner Bäuerin zum Ausdruck, die meinte, „daß, wenn der Staat und Städter die Lebensmittel weiter gut bezahlen gewillt seien, Krieg geführt werden könne, so lange man nur immer wolle“; AdR, BMfVE/AR, E.I. Sign.7, Zl.5053/1918 (Kt.153) – Stimmungsbericht für Jänner, Gemeinsames Zentralnachweisebureau der Auskunftstelle für Kriegsgefangene / Zensur-stelle, S.3.

⁵¹ Vgl. dazu: Löwenfeld-Russ, Volksernährung im Kriege, S.123f.

⁵² k.k. Statthalterei: Merkblatt für die Aufsichtsorgane der politischen Behörden und des Überwachungsamtes für den Lebensmittelverkehr in Graz etc., Graz 1917; in: AdR, BMfVE/AR, E.I. (Kt.152). In der Steiermark waren ca. 30 Kontrolloren im Einsatz.

die Entbehrungen noch zunehmen, so lauteten die Berichte, mit welchen die Hilferufe des Grazer Stadtrates um Mehlzuschübe begründet wurden; aber auch durch Streiks waren die Arbeiter der Südbahnwerkstätten in Marburg am 15. Juli für die Freigabe des Rucksackverkehrs eingetreten.⁵⁶ Die Tatsache, daß sogar Soldaten, deren tägliche Brotration nur mehr 100g betrug, zur selben Zeit mit Legitimationen zehn Tage lang zu den Bauern ausgeschiedt wurden, um sich selbst durch „Kostzubußen“ weiterzubringen, unterstreicht die Ausweglosigkeit der Situation, in welche die staatliche Lebensmittelbewirtschaftung geraten war.⁵⁷ Doch die Hilfe aus Wien ließ auf sich warten, sodaß der Grazer Bürgermeisterstellvertreter Dr. Gargitter folgendes dringende Telegramm an den Leiter des Amtes für Volksernährung richtete: „*Ab Montag kein Brot und Mehl – Unruhen zu befürchten – bin außerstande mit Sicherheitswache Ordnung aufrecht zu erhalten, lehne jede Verantwortung für das Komende ab.*“⁵⁸

Die Versorgung war zuletzt nur mehr mit irregulären Methoden zu gewährleisten, denn selbst die Gemeinde Graz beschaffte sich in den Monaten vor dem Zusammenbruch der Monarchie auf dem Schwarzmarkt in Pettau und Rann Lebensmittel aus Ungarn, mit denen seit dem Ausfuhrverbot entlang der ungarisch-Steirisch-kroatischen Grenze laut Ernährungsinspektor reger Schmuggel und „*lebhafter, ja börsenmäßiger*“ Handel betrieben wurde. Um diese erhöhten Kosten decken zu können, suchte der Stadtrat beim Staatsamt für Volksernährung sogar noch um einen finanziellen Zuschuß und Kredite an.⁵⁹

Proteste und Gewaltausbrüche

Die Lebensmittelversorgung wurde für den Staat nicht nur zur Sicherheits-, sondern ebenso zur Existenzfrage, da die Bevölkerung im Verlauf des Krieges zunehmend mit Ausschreitungen und Streikbewegungen, die ab Jänner 1918 radikal-revolutionäre Ausmaße annahmen, auf die Verschlechterung der Ernährungssituation reagierte. Der Bedeutung des Problems entsprechend mußte daher die Stimmungslage der Bevölkerung ständig beobachtet und analysiert werden, um so die Belastbarkeit im Hinblick auf Versorgungsengpässe einschätzen und der Eskalation der Gewalt präventiv entgegenzutreten zu können. Deshalb finden sich in den Akten der Ernährungsinspektoren, welche selbst die Stimmung beobachteten, außer den Berichten des Militärkommandos Graz auch die Stimmungsanalysen der Zensurstelle der Auskunftstelle für Kriegsgefangene, welche die an die österr.-ungar. Kriegsgefangenen gehende Korrespondenz las und auswertete.⁶⁰ Für die Stimmungslage waren neben persönlichen Faktoren, wie dem Verlust von Angehörigen, der Aussicht auf Entlassung Verwandter aus der Gefangenschaft, die politischen Perspektiven (z.B.

Chancen auf Friedensschluß) und nationale Einstellungen bestimmend, vor allem aber die aktuelle Ernährungssituation: hier konnte die zeitliche Nähe bzw. Distanz zur Erntezeit und die damit verbundenen positiven oder negativen Ernährungsaussichten die Stimmung heben und drücken, womit entweder die Kriegsmüdigkeit oder die Bereitschaft, die Entbehrungen weiter zu ertragen, zu verstehen ist. Auch wenn diese Berichte nur selektiv die emotionale Verfassung einzelner reflektieren, zeigen sie sozusagen die verbalen Gewaltausbrüche gegenüber dem System und damit auch den mentalen Nährboden, auf dem sich manifester Widerstand entwickelte. So wird im Junibericht des letzten Kriegsjahres den Behörden vorgeworfen, daß nicht der Krieg, sondern ihre „*blinde und planlose Verordnungssucht*“ den Untergang der Bevölkerung herbeiführe. Das Volk werde im Stich gelassen, sein Hunger lasse die Behörden kalt, meinte ein Briefschreiber. Und noch ein Zitat, das die Radikalität der Sprache im geschützten privaten Bereich, in dem man sich wähnte, verdeutlichen soll: „*Wenn wir Brot verlangen, richtet man die Maschinengewehre auf uns.*“ Auch der Vergleich des Schicksals der Soldaten im Felde mit dem der Zivilisten im Hinterland fällt trotz der unzähligen Gefallenen zu Gunsten der Truppe aus: „*Der Soldat, der sich im Felde ermorden lassen müsse, sei noch ungleich besser daran als die im Hinterland zum Hungertod Verurteilten*“, zitierte der Zensor aus einem Brief im Juni 1918.⁶¹

Daß sich die Unzufriedenheit mit der Versorgungslage nicht allein in verbaler Aggressivität äußerte, läßt sich schon aus dem oben genannten Brief schließen, in dem der Einsatz von Maschinengewehren gegen Hungernde erwähnt wurde. Im folgenden Kapitel soll vor allem der Verlauf jener Demonstrationen, Unruhen und Streiks beschrieben werden, als deren Auslöser die schlechte Versorgungslage anzusehen ist; beim Zusammentreffen mehrerer Gründe wird der Aspekt der Ernährungsproblematik in der Darstellung stärker berücksichtigt.⁶² In diesem Zusammenhang wird auch der Frage nachgegangen, gegen wen sich die Proteste richteten und mit welchen Maßnahmen die staatlichen Autoritäten auf die zunehmende Gewalttätigkeit reagierten.

Zum erstenmal erstattete die Steiermärkische Statthalterei dem Innenministerium Bericht über eine Demonstration am 8. Juni 1916, als sich 500 bis 600 Frauen vorwiegend von Staatsbahnbediensteten vor der Bezirkshauptmannschaft Leoben u.a. mit der Forderung nach höheren Löhnen und der Freigabe von Polenta und Rollgerste versammelten.⁶³ Die erste Mehldemonstration in Graz⁶⁴ verzeichnete der Sicherheitsbericht am 24. September 1916, als um 4 Uhr früh sich jene aufgebrachten Frauen zur Burg begaben, die bei den Mehlausgabestellen und Verkaufsständen am Kaiser-Josef-Platz leer ausgegangen waren. Bei diesem Zug wurden die „*ziemlich aufgeregten Frauen*“ von

⁵⁶ AdR, BMfVE/AR, Stmk.1918–19, Zl.91.184/4847/1918, Zl.91.445/1918, Zl.102.799/1918 (Kt.122).

⁵⁷ Wie Anm. 56, Zl.102.251/1918.

⁵⁸ AVA, MdI, Präs.22/Stmk.1915–18, Zl.16.575/18 (Kt.2138).

⁵⁹ Wie Anm. 56, Zl.91.445/1918, Zl.117.391/1918, Zl.149.638/1918.

⁶⁰ AdR, BMfVE/AR, E.I. Sign.7, Zl.5053/1918 (Kt.153): Gemeinsames Zentralnachweisebureau Auskunftstelle für Kriegsgefangene – Zensurabteilung: Stimmungsberichte Dez.1917 bis Aug.1918.

⁶¹ Vgl. dazu: Peter Hanak, Die Volksmeinung während des letzten Kriegsjahres in Österreich-Ungarn, in: Richard G. Plaschka, Karlheinz Mack (Hg.), Die Auflösung des Habsburgerreiches (=Schriftenreihe des Österr. Ost- und Südosteuropa-Instituts, Bd.3.) Wien 1970, S.58–66. Hanak konstatiert für den Zeitraum Nov.1917 bis März 1918 in 1.511 zensurierten und von ihm ausgewerteten Briefen bei 18% soziale Unzufriedenheit (Gegensatz zwischen Armen und Reichen), die in Verbindung mit Stellungnahmen zu Krieg und Frieden fast 30% ausmacht.

⁶² Zu den Streikbewegungen in der Steiermark auch: Plaschka, Haselsteiner, Suppan, Innere Front, wie Anm.31, Bd.1, S.66 u. 268f., Bd.2, S.40f.

⁶³ AVA, MdI, Präs.22/Stmk.1915–18, Zl.13.144/16 (Kt.2138).

⁶⁴ StLA, Statth.Präs. E 91-Zl.3150/1916 (Mehldemonstrationen in Graz).

„auffallend vielen Kindern im schulpflichtigen Alter“, wie es im Bericht heißt, begleitet, „welche einen ohrenbetäubenden Lärm machten“. Nachdem am Vormittag noch ein Kartoffelwagen in der Raubergasse von ca. 300 bis 400 Menschen geplündert worden war, konnten die Demonstranten zerstreut werden. Weitaus aggressiver verlief jener Aufruhr drei Wochen später, der mit Sachbeschädigungen endete und besondere militärische Sicherheitsmaßnahmen zur Folge hatte.⁶⁵ Ausgangspunkt waren am 11. Oktober die Mehlausgabestellen, vor denen sich starke Ansammlungen von Frauen und wiederum von Kindern gebildet hatten. Als sie trotz stundenlangen Wartens kein Mehl bekommen hatten, zogen rund 150 Personen unter Geschrei und Rufen wie „Hunger haben wir, Mehl wollen wir, wir haben nichts zu Fressen!“ zur Burg, wo sie die sofortige Erfüllung ihres Wunsches nach Mehl und Kartoffeln verlangten. Obwohl die Gattin des Statthalters, Gräfin Clary, Abhilfe versprach, war die Menge, welche auf ca. 200 Personen angewachsen war, nicht zu bewegen, nach Hause zu gehen. Nachdem endlich ein Großteil der Demonstranten von der Burg abgezogen war, schlug der Rest zahlreiche Fenster der Burg ein, sodaß die Städtische und Freiwillige Feuerwehr mit Spritzenwagen angefordert wurden, um den Platz durch den Einsatz von Wasserspritzen zu räumen; doch allein das Legen der Schlauchleitungen reichte aus, um die Menge zum Abzug zu veranlassen. Unterdessen zog der Demonstrationszug, der inzwischen auf mehrere hundert Teilnehmer angewachsen war, durch die Straßen und zerschlug, in verschiedene Gruppen aufgeteilt, bei fast allen Zuckerbäckern und Kaffeehäusern der Innenstadt und bei einigen Geschäften der Vorstädte die Auslagenscheiben. Erst mit Hilfe einer Militärpatrouille von 55 Mann gelang es der Wache, bis Mitternacht die Demonstration endgültig aufzulösen. Ausdrücklich wurde im Bericht angemerkt, daß sich unter den Demonstrantenteilnehmern auch Militärpersonen befanden. Ebenso wurde von Frauen berichtet, welche ein- und zweijährige Kinder am Arm tragend Anstalten machten, diese den Polizisten zuzuwerfen. Am folgenden Tag bildeten sich am Nachmittag wieder Gruppen bei den Mehlausgabestellen, die durch Neugierige verstärkt wurden. Diesmal konnte der Menge der Weg zur Burg versperrt werden. Die Demonstranten zogen durch die Innenstadt, das Gries- und Jakomini Viertel, wobei einzelne Plünderungen und Beschädigungen an Scheiben und Straßenlaternen von den Wachen und Soldaten nicht verhindert werden konnten. Einige Male mußte sich die Wache mit der blanken Waffe durchsetzen. Insgesamt verlief diese zweite Demonstration gewalttätiger, d.h. es waren größere Schäden und auch Verletzungen der Mannschaften zu verzeichnen. Außerdem wurde in den Büroraum des Grazer Regierungskommissärs Hofrat von Unterrain im Rathaus ein Stein geworfen, der dessen Kopf nur knapp verfehlte. Erst gegen Mitternacht konnte die Ruhe wiederhergestellt werden, wobei hervorzuheben ist, daß bereits 500 Soldaten der Bereitschaft im Einsatz waren. Als Folge dieser Ausschreitungen wurde am 13. Oktober die „öffentliche Ruhe und Ordnung, sowie die Sicherheit der Bevölkerung der Stadt Graz“ bis 18. Oktober unter den Schutz der Militärgewalt gestellt, was soviel bedeutete, daß das Stadtgebiet in Rayone eingeteilt und militärisch besetzt wurde. Für die Aufrechterhaltung der Ruhe standen rund 4.400 Soldaten zur Verfügung, die

⁶⁵ AVA, Mdl, Präs.22/Stmk.1915–18, ad Zl.23.235/16, ad Zl.23.448/16, ad Zl.23.341/16 (Kt.2138).

in den Kasernen, aber auch in den militärisch genutzten Zivilbauten, wie der Lehrerbildungsanstalt am Hasnerplatz, und auf Plätzen (Burghof, Franzensplatz / Freiheitsplatz) stationiert waren. Verboten wurden Ansammlungen von mehr als fünf Personen, Gruppen vor Lebensmittelabgabestellen jedoch wurden geduldet, sofern die Ruhe und Ordnung gewahrt blieben. Kinder bis 15 Jahren hatten ab 16 Uhr 30 Ausgehverbot, vor allem aber mußten alle Geschäfte und Kaffeehäuser bereits um 5 Uhr nachmittags geschlossen werden.⁶⁶

Als Motiv für diese Ausschreitungen wurde die Wut der „Minderbemittelten“ gegen die „Reichen“ genannt, welche sich eben gegen Lokale gerichtet hatte, in denen sich die Angehörigen der Oberschicht nachmittags aufzuhalten pflegten.⁶⁷ Da an den „wüsten Szenen, welche sich bedauerlicherweise abgepielt haben“, so die Formulierung des Grazer Stadtschulrates, sehr viele Schüler teilgenommen hatten, verlangte die Statthalterei ihre Ausforschung und Bestrafung. Die Schulbehörde jedoch führte in ihrer Stellungnahme die schwierige Situation an den städtischen Schulen und Horten als Ursache für die Teilnahme der Jugendlichen und Kinder an den Demonstrationen an: verkürzter Unterricht wegen Lehrermangels und Einquartierungen und zudem die Kürzung der Lebensmittelzuteilungen an die städtischen Horte seien schuld an der Disziplinlosigkeit der Schüler. Daher könnten Sanktionen allein, meinte der Stadtschulrat, das Verhalten der Jugendlichen nicht bessern.⁶⁸ Überhaupt konnte nur eine bessere Versorgung der Steiermark die Krise entspannen, da „auch in den übrigen Städten und Industriorten Steiermarks ... die Lage“, wie der Statthalter während der Ausschreitungen nach Wien telegrafierte, „wegen unzureichender Versorgung mit Lebensmitteln äußerst kritisch“ sei. Die Mehlauschübe waren nämlich weitgehend ausgeblieben, und von den zugesagten 2.000 Waggons Erdäpfel war bis dahin kein einziger eingetroffen.⁶⁹

In Knittelfeld gingen Frauen und Kinder zwischen dem 2. und 7. November 1916 täglich auf die Straße, um für größere Zuckerrationen zu demonstrieren.⁷⁰ Zu einer Arbeitsniederlegung kam es am 25. November 1916 in Müritzschlag und Hönigsberg, da die zugeteilten Mehlvorräte nicht eintrafen; die 1.200 streikenden Arbeiter nahmen die Arbeit erst 24 Stunden später wieder auf, als die Waggons mit dem Mehl eingelangt waren.⁷¹ Zu einem Brennpunkt der Protestaktionen in der ersten Hälfte des Jahres 1917 entwickelte sich wieder der Bereich Knittelfeld, in dem sämtliche Staatsbahnbedienstete im Februar (21.2.) und im April (23.–26.4.) die Arbeit niederlegten, um für höhere Lebensmittelrationen zu demonstrieren. Die Aktionen der 1.200 bis 1.500

⁶⁶ Res.Nr.3639/III/Mob. – Anordnungen für die Sicherheit von Graz: AVA, Mdl, Präs.22/Stmk.1915–18, ad Zl.23.676/16 (Kt.2138).

StLA, Statth.Korresp. 1917/G: Die Vorfälle führten im Wiener Gemeinderat zu Diskussionen über mangelnde Sicherheit in Graz, worauf Clary-Aldrigen in einem Schreiben an Bürgermeister Weißkirchner eine Sachverhaltsdarstellung lieferte, in welcher er die Grazer Ausschreitungen im Vergleich mit Demonstrationen in anderen Kronländern oder in einzelnen Wiener Bezirken als keineswegs bedrohlich einschätzte: damit sollte Weißkirchner offensichtlich auf seinen eigenen Kompetenzbereich verwiesen werden. Es sei auch nicht, hielt Clary fest, das Standrecht verhängt, sondern lediglich „republiziert“ worden. (s.Abb. S.120).

⁶⁷ StLA, Statth.Präs. E 91-Zl.4173/Res. in: Zl.3150/1916.

⁶⁸ StLA, Statth.Präs. E 91-Zl.3227/6, Zl.4501/2/1916.

⁶⁹ AVA, Mdl, Präs.22/Stmk.1915–18, Zl.23.235/16 (Kt.2138).

⁷⁰ Wie Anm.69, Zl.2263/17.

⁷¹ Wie Anm.69, Zl.27.467/16.



K. u. K. Requirierungskommission Stainz, Privatbesitz.

Kundmachung

Die Sicherheit der Stadt Graz steht ab heute unter militärischen Schutz.

Bis auf weiteres haben Kinder unter 15 Jahren ab halb 5 Uhr nachmittags zu Hause zu sein. Die Geschäfte sind um 5 Uhr nachmittags, Haustore um 6 Uhr nachmittags zu sperren. Die Sperrstunde für Kaffeehäuser wird auf 5 Uhr nachmittags, die Sperrstunde für Gasthäuser auf 9 Uhr abends festgesetzt. Ansammlungen von mehr als 5 Personen auf der Straße sind verboten. Dagegen wird das von der Sicherheitswache geleitete Anstellen bei Lebensmittelgeschäften vorläufig geduldet, insofern keine gefährdende Anzeichen in die Erscheinung treten.

Jede Ausschreitung gegen Militär (ob Abteilungen oder einzelne Personen) sowie gegen privates Eigentum, welches unter dem Schutze der Militärgewalt steht, unterliegt dem Standrechte.

Stadtrat Graz, am 13. Oktober 1916.

Der mit der einseitigen Besorgung der Gemeindegeschäfte der Stadt Graz betraute h. h. Hofrat:

Underrain.

Nach den Demonstrationen und Ausschreitungen am 11. und 12. Oktober 1916 wurde Graz dem militärischen Schutz unterstellt; Übergriffe gegen das Militär und seine Einrichtungen wurden nach dem Standrecht geahndet. (AFA, MdI, Präs. 22/Stmk. 1915-18, ad Zl. 23.676/16)

Kundmachung

betreffend die vorläufige Regelung des Bezuges von Speisemehl in Graz.

Bis zur Regelung des Mehlsbezuges auf Grund von Kundenlisten werden folgende Bestimmungen erlassen:

1. Mehl ist nur in den vom Stadtrate bestimmten 77 Geschäften erhältlich. Die Verteilung der Bezugsner von Graz, welche allein zum Bezuge von Mehl in Graz berechtigt sind, auf diese Geschäfte erfolgt nach der Sperrzeileinteilung für den Brotbezug; es werden zugewiesen:

Die Parteien der Brot-Ausgabestelle Nr.:	Der Mehl-Verkaufsstelle:	Die Parteien der Brot-Ausgabestelle Nr.:	Der Mehl-Verkaufsstelle:
1 .. Neutorgasse 21	Graf Theres.	41 .. Brodmanngasse 15	Vaher.
2 .. Schmiedgasse 21	Donobauer.	42 .. Leonhardstraße 101	Yaas.
3 .. Sporgasse 24	Hornig.	43 .. Kaiser-Josef-Platz 7	Lufas.
4 .. Franziskanerplatz 13	Hlimmer.	44 .. Innenstraße 42	Popp.
5 .. Franziskanergasse 7	Hofbauer.	45 .. Nibelungengasse 48	Dez.
6 .. Franziskanergasse 6	Jenz.	46 .. Schönauergürtel 23	Gerstorfer.
7 .. Mehlplatz 1	Alber.	47 .. Zinzendorfgasse 26	Delzl.
8 .. Schmiedgasse 11	Raier.	48 .. Innenstraße 1	Schrott.
9 .. Klosterwiesgasse 2	Schent.	49 .. Grabenstraße 16	Sold.
10 .. Salominigasse 35	Gamerith.	50 .. Grabenstraße 40	Frang.
11 .. Salominigasse 87	Oblak.	51 .. Leonhardstraße 2	Müller.
12 .. Mandellstraße 28	Wollmann.	52 .. Karlauergürtel 25	Röhl.
13 .. Bergmannsgasse 6	Huber.	53 .. Herrgottswiesgasse 57	Razianer.
14 .. Bahnhofsgürtel 21	Leitner.	54 .. Elisabethstraße 37	Wafsl.
15 .. Dietrichsteimplatz 2	Koller.	55 .. Nagelgasse 73	Lindermann.
16 .. Adlhofgasse 107	Raubner.	56 .. Franziskanerplatz 10	Leberer.
17 .. Münggrabenstraße 57	Ziehau.	57 .. Treflerstraße 5	Galler.
18 .. Brodmanngasse 118	Payer.	58 .. Babenbergerstraße 39	Meikenitsch.
19 .. Replerstraße 59	Gogg.	59 .. Innenstraße 13	Schayl.
20 .. Schölgelgasse 1	Graf Franz.	60 ..	Niederlage der
21 .. Leubplatz 8	Schreiber.	62 .. Mariengasse 32	Martini.
22 .. Grabenstraße 17	Recher.	71 ..	
23 .. Wickenburggasse 40	Langer.	61 .. Sans-Sachs-Gasse 3	Warnhaujen Mebg.
24 .. Altensgasse 9	Böhm.	63 .. Kaiser-Josef-Platz 2	Uderl.
25 .. Innenstraße 56	Pollak.	72 ..	
26 .. Leonhardstraße 89	Kohlbacher Mehlfg.	64 .. Brodmanngasse 22	Schlar.
27 .. Münggrabenstraße 112	Krisper.	65 .. Kaiserfelsgasse 22	Rotter.
28 .. Sans-Sachs-Gasse 6	Jenko.	66 .. Prantergasse 1	Letonja.
29 .. Griesgasse 44	Müller.	67 ..	
30 .. Schönauergasse 68	Wof.	68 .. Leubplatz, Stand 76	Stadthaler.
31 .. Griesplatz 32	Wilek.	69 .. Kalvariengürtel 45	Berner.
32 .. Petersgasse 33	Schnur.	70 .. Griesplatz 35	Lecht.
33 .. Körbfißstraße 24	Schulgermühle-Niedg.	73 .. Weinrichstraße 41	Dag.
34 .. Griesplatz 2	Neufeld.	74 .. Neuboldaugasse 49	Meßner.
35 .. Grazbachgasse 32	Preuß.	75 .. Grabenstraße 9	Spiller.
36 .. Schulgasse 24	Rager.	76 .. Klosterwiesgasse 46	Gröbelbauer.
37 .. Volksgartenstraße 12	Schauerberg.	77 .. Grieskai 44	Zinnerer.
38 .. Nagelgasse 61	Hofer.	78 .. Wienerstraße 9	Leitner.
39 .. Brodmanngasse 65	Gshanes.	79 .. Babenbergerstraße 106	Durrathofer.
40 .. Mandellstraße 21	Wohlmuth.	80 .. Hauptplatz 6	Kroath.
		81 .. Innenstraße 69	Sorned.

2. Die Mehlszuweisung an die Verkaufsstellen erfolgt wie bisher durch das städt. Versorgungsamt, das auch die mit Bezugslisten versehenen Anhalten, die Verteilungen und die Waags- und Schantgewerbebetriebe mit Mehl versorgt.

Das Zustellen von Mehl an Kunden ist ausnahmslos untersagt.

3. Die Bewohner haben bei jedem Mehlsbezuge das stöte Urkundenabblatt für den Brotbezug und sämtliche Mehlarten vorzunehmen. Die Verkaufsstellen haben von jeder Mehlart die dem Kapitale der verabfolgbaren Mehlmenge entsprechende Anzahl von Abkürzungen abzutrennen, diese gehörig aufzubewahren und am Montag nach Ablauf der vierzehntägigen Gültigkeitsdauer der Mehlarten an die nächstgelegene Sicherheitswachstube abzugeben.

4. Die Verkaufsstellen sind für die Abgabe von Mehl an allen Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags offen zu halten; um 6 Uhr nachmittags ist der Mehlverkauf zu schließen.

5. Ist die zugewiesene Mehlmenge an einem bestimmten Tage verkauft, so ist dies von den Verkaufsstellen durch einen leicht sichtbaren Anschlag am Geschäfte bekanntzugeben.

6. Die Verkaufsstellen haben die jeweils vorhandenen Mehlmengen an die Kunden so zu verteilen, daß sämtliche Kunden entsprechend ihrer Mehlartenquote gleichmäßig bedient werden. Der Stadtrat behält sich die fallweise Verteilung nach-rer Weisungen vor.

7. Straßbestimmungen. Abteilungen dieser Anordnungen werden, sofern die Handlung nicht unter eine strengere Strafbestimmung fällt, nach § 35 der kaiserl. Verordnung vom 11. Juni 1916, R.-G.-Bl. Nr. 116, vom Stadtrate mit einer Geldstrafe bis zu 2000 Kronen oder mit Arrest bis zu drei Monaten, bei erschwerenden Umständen aber mit einer Geldstrafe bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft. Bei einer Verurteilung kann nach § 36 der angeführten kaiserl. Verordnung auch auf den Verlust einer Gewerbeberechtigung erkannt werden.

8. Wirksamkeit beginnt. Die getroffenen Anordnungen treten mit Montag den 18. Oktober 1916 in Kraft.

Der mit der einseitigen Besorgung der Gemeindegeschäfte der Stadt Graz betraute L. L. Hofrat:

Underrain.

Der Verkauf von Mehl wurde nach den „Mehldemonstrationen“ im Oktober 1916 neu geregelt; wie der Brotbezug war er an Karten und bestimmte Geschäfte gebunden. Die vorhandene Mehlmenge sollte „gleichmäßig“ an alle Kunden verteilt werden. Die Abbildung zeigt die in den Grazer Zeitungen veröffentlichte Kundmachung, mit der die Mehlbestellungen und die Abgabemodalitäten für die Grazer Bevölkerung verlaubar wurden. (Kleine Zeitung v. 17. Oktober 1916, S. 5)

Demonstranten reichten dabei von der Einstellung des Fahrbetriebes bis zu Nötigungen und tätlichen Angriffen auf Vorgesetzte. Der Untersuchungsbericht des Eisenbahnministeriums stellte dazu fest: „Die eindringlichen Aufforderungen der Dienstvorstände, die Arbeit wieder aufzunehmen und die feste Zusage, daß die durch Abordnungen vorgebrachten Forderungen weitergeleitet und zuständigen Ortes befürwortet vorgebracht werden sollten, fruchteten nichts. ... Hiebei kam es schon vormittags zu erregten Auftritten, wobei der Vorstandstellvertreter der Werkstättenleitung und der Leiter der dortigen Personalküche von rückwärts angespioniert wurden. Nach Eintreffen des Kommissionszuges (= ein Zug, der zur Befahrung der Strecke für das Eisenbahnministerium eingerichtet wurde, d.Verf.) in Knittelfeld empfing der Staatsbahndirektor die Abordnungen der Vertrauensmänner des Personales sämtlicher fünf Dienstzweige in Knittelfeld. Nach der Aussprache mit den Arbeitern wollte der Staatsbahndirektor mit dem Kommissionszuge die Fahrt gegen Villach fortsetzen. Allein die neuerlich auf dem Gleise vor und hinter dem Zuge aufgestellte Menge verhinderte dieses Vorhaben. Vornehmlich halbwüchsige Burschen, Weiber und Kinder, die trotz der Doppelposten unbegreiflicherweise in den Bahnhofsbereich hatten gelangen können, erhoben neuerlich ein Geschrei und Gejohle, die Burschen erkletterten die Brust der Lokomotive und erklärten, nicht zu weichen und sich eher zermalmen zu lassen, bevor die Forderungen nicht erfüllt seien. Erst dem Eingreifen einiger besonnener Elemente (Eisenbahner in Uniform) gelang es, die Fahrstraße freizumachen und dem Zuge nach 1 ½ stündiger Verspätung die Weiterfahrt zu ermöglichen...“.⁷²

Die Versorgungsprobleme führten auch am 20., 21. und 28. März 1917 zu Arbeitsniederlegungen in Müzzuschlag, Neuberg, Wartberg und Hönigsberg, die bis zu 36 Stunden dauerten. Die Arbeiter nahmen die Arbeit wieder auf, als ihnen einerseits sofort Lebensmittel zugeteilt wurden, andererseits die Zusage gemacht wurde, in Hinkunft bei der Verteilung besser berücksichtigt zu werden: ebenso war mit der Arbeitsaufnahme eine Lohnerhöhung und die Installation eines Verpflegsausschusses zur Regelung der Verpflegsangelegenheiten verbunden.

Eine Häufung der Lebensmittelunruhen in Graz ist im Juni 1917 festzustellen, als am 15. und 23. Juni Frauen im Bezirk Geidorf bzw. vor der Burg wegen der unzureichenden Versorgung demonstrierten. Die Vorwürfe der Demonstrantinnen richteten sich gegen die verantwortlichen Stellen, aber auch gegen die ungleiche Versorgung einzelner Bevölkerungsgruppen, wobei sich die Demonstration der Frauen im 3. Bezirk, der traditionellen Wohngegend der höheren Beamten, Offiziere und Freiberufler, gegen die bevorzugte Beteiligung der Konsumvereine wandte; umgekehrt war der Protest von Frauen vor der Burg gegen die Bevorzugung der Offiziersfrauen bei der Lebensmittelvergabe gerichtet. Neben den Frauen gingen in der Landeshauptstadt auch Arbeiter wegen der Unterversorgung auf die Straße: am 12. Juni waren es ca. 600 Südbahnarbeiter und am 22. Juni bereits an die 4.000 Arbeiter der Waggonfabrik und der Maschinenfabrik Andritz, welche für Löhne und Lebensmittel demonstrierten. Alle Ausstände verliefen, wie die Berichte vermerkten, ohne Ruhe-

⁷² Wie Anm. 69, Zl.12.213/17.

störung.⁷³ Wenn auch keine weiteren Protestaktionen größeren Umfangs mehr im Jahr 1917 stattfanden, war dies keineswegs auf eine Entspannung der Ernährungslage zurückzuführen; im Gegenteil: der Statthalter schätzte im Oktober die Situation als „bedrohlich“ ein, sodaß „täglich der Ausbruch von Unruhen“ zu befürchten war.⁷⁴

Die Dimensionen der Unruhen änderten sich im Jänner 1918, als die angekündigte Kürzung der Mehl- und Brotrationen eine Streikwelle auslöste, welche die gesamte Monarchie erfaßte: dazu verstärkten die Friedenserwartung, der Zwang des Kriegsleistungsgesetzes und radikal-sozialistische Forderungen die Agitationen und führten zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen, die am 14. Jänner von Wiener Neustadt ausgingen und ab 17. Jänner auf Weiz, Kalsdorf, Graz, den Erzberg und das Mur- und Mürztal übergriffen, wobei über 40.000 Arbeiter in den Ausstand traten.⁷⁵ Die Streiks wurden von den steirischen Behörden als Friedenskundgebungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft eingestuft, die ihren Abschluß am 20. Jänner am Franzensplatz (heute Freiheitsplatz) mit rund 30.000 Teilnehmern fanden. Gefährlich für die Sicherheit hingegen verlief am 6. März die Demonstration von ungefähr 3.000 Arbeitern, welche sich gegen 7 Uhr Abend vor der Burg, mit Schrapnellzündern, Eisenteilen und Ziegelsteinen bewaffnet, einfanden, um ihrem Protest Nachdruck zu verleihen: „Wir wollen nicht verhungern! Wir wollen genießbares Brot! Mehr Mehl, auch weißes, da solches vorhanden ist!“, lautete die Forderung der Menge. Das Edelmehl mußte vorhanden sein, meinten die Demonstranten, da die Juden 100 Waggon davon für ihre Mazzen bekommen hätten. Trotz des Polizei- und Militäreinsatzes kam es zu Ausschreitungen und Plünderungen in der Innenstadt und der Annenstraße, an denen sich viele Frauen und Kinder beteiligten. Bürgermeister Fizia versuchte, die Verhängung des Standrechts von der Stadt abzuwenden, und forderte die Bevölkerung trotz der katastrophalen Brotversorgung zu Ruhe und Besonnenheit auf. Um in Hinkunft derartige Ausschreitungen zu verhindern, war vom Militärkommando die Absperrung der Zugänge und Brücken vorgesehen, sollten sich größere Menschengruppen in Richtung Zentrum begeben.⁷⁶

Eine Streikbewegung erfaßte einige Industriezentren in der Steiermark am 7. Mai, als Arbeiter der Waggonfabrik in Graz versuchten, die Belegschaften anderer Betriebe zur Arbeitsniederlegung zu bewegen, um ihren Forderungen nach dem Acht-Stunden-Tag, Frieden, Lohnerhöhung und besserer Lebensmittelversorgung Nachdruck zu verleihen. Auch die Vertagung des Reichsrates hatte zur Empörung unter der Arbeiterschaft beigetragen. Durch Verhandlungen

⁷³ Bei dem Streik, der am 24. Juni in Betrieben stattfand, die dem Kriegsleistungsgesetz unterstellt waren, standen Lohnforderungen im Mittelpunkt; ebenso am 17. Juli, als ca. 1.000 Arbeiterinnen des Artilleriezugsdepots zur Beschwerdekommision in der Sackstraße zogen. Insgesamt weist die Streikstatistik auf Grund der Meldungen der politischen Behörden für das Jahr 1917 nur drei Arbeitsausstände in der Steiermark (von 35 in ganz Österreich) mit einer Gesamtbeteiligung von 6.815 Arbeitern auf: Statist. Handbuch für die Republik Österreich, 1.Jg., Wien 1920, S.60.

⁷⁴ StLA, Statth.Korresp.1917/G (Fettversorgung). Die „Beruhigung“ der Situation dürfte von der Gründung des Kriegsverbandes im Juni 1917, von den Aussichten auf Lohnverhandlungen im Herbst d.J. und von der Gründung eines Ausschusses zur Regelung der Lebensmittelversorgung der steir. Arbeiter (s.S.128f.) ausgegangen sein.

⁷⁵ Dazu: Plaschka, Haselsteiner, Suppan, Innere Front, wie Anm. 31, Bd.1, S.61ff.

⁷⁶ StLA, Statth.Präs. E-91-Zl.596/45, Zl.775/3/1918, in: Zl.3150/1916; dazu auch: Plaschka, Haselsteiner, Suppan, Innere Front, wie Anm. 31, Bd.1, S.269.

gen zwischen Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, dem Statthalter und dem Militärkommando, vor allem aber durch die Drohung, die bereitstehenden militärischen Kräfte einzusetzen, konnte die Streikbewegung, welche an ihrem Höhepunkt an die 14.000 Arbeiter in den Bezirken Graz, Graz-Umgebung, Voitsberg und Mürzzuschlag erfaßt hatte, bis zum 13. Mai beendet werden: den Arbeitswilligen wurde der militärische Schutz zugesichert, den „Rädelsführern“ hingegen der Tatbestand der Meuterei, d.h. Sanktionen nach dem Militärstrafrecht, angedroht.⁷⁷

Zugleich mit dem Ende dieses Streiks legten in Judenburg, Fohnsdorf, Zeltweg, Leoben und Donawitz die Arbeiter aus Solidarität mit den Meuterern des Ersatzbataillons IR 27 die Arbeit nieder, deren Ausstand am Vortag (12. Mai) in Plünderungen und Feuergefechten mit den Assistenzeinheiten gemündet war; diese Ausschreitungen wurden durch standgerichtliche Schnellverfahren geahndet.⁷⁸ Da am 13. und 14. Mai auch Demonstranten aus den Arbeiterkreisen verhaftet worden waren, mußte die Behörde mit Arbeitsniederlegungen rechnen. Wenn auch der unmittelbare Anlaß für die Arbeiterunruhen in der Solidarisierung mit den sich auflehrenden Soldaten zu sehen ist, lag der eigentliche Grund jedoch in den unzumutbaren langen Arbeitszeiten und vor allem im Brotmangel: so wurde noch am 3. August die Aussetzung des Standrechts im Bezirk Judenburg erst mit dem Ende der Ernährungskrise, das nicht abzusehen war, von der Statthalterei in Aussicht gestellt. Bis zu diesem Tag betrug die Bilanz des Ausnahmegerichts in Leoben 396 Verurteilungen wegen Diebstahls bzw. -teilnahme.⁷⁹ Auch in der Obersteiermark waren wie in Graz im Zuge der Maidemonstrationen die Scheiben von Gast- und Kaffeehäusern zertrümmert worden.

Im Juni führte die Unzufriedenheit der Bahnarbeiter mit der Fleischversorgung in Knittelfeld zum Streik und zu einer Demonstration, an der auch die Frauen der Bahnarbeiter teilnahmen.⁸⁰ Für Graz vermerkt der Sicherheitsbericht noch zwei Arbeiterunruhen im August, wobei für den Streik in der Waggonfabrik am 14. August als Grund die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise angegeben wurde.⁸¹

Eine Analyse der Lebensmittelunruhen im Hinblick auf die Teilnehmer zeigt, daß in vielen Fällen die Initiative von den Frauen ausgegangen ist, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, daß sie als Verantwortliche für die Lebensmittelbeschaffung durch das Anstellen vor den Abgabestellen mit der Mangelwirtschaft unmittelbar konfrontiert waren und in der Folge ihren durch die Dynamik des Gruppenprozesses verstärkten Unmut spontan zum Ausdruck brachten. Ein weiterer Grund für die aktive Rolle der Frauen wie auch der Jugendlichen bei den Demonstrationen ist sicherlich in der Tatsache zu sehen, daß diese beiden Personengruppen im Gegensatz zu den Männern frei von arbeitsrechtlichen Bindungen agieren konnten und keine strafrechtlichen Konsequenzen zu fürchten hatten. Für Arbeiter nämlich, die als „Kriegs-

dienstleister“ im Bergbau, in den eisenproduzierenden und metallverarbeitenden Betrieben und bei den Eisenbahnen, also in der Mehrzahl der steirischen Großbetriebe, im Falle der Dienstverletzung der Militärstrafgerichtsbarkeit unterstanden, konnte die Arbeitsniederlegung in letzter Konsequenz ein militärgerichtliches Verfahren bedeuten.⁸² Tendenziell ist bei den Protestaktionen eine Zunahme der Gewalttätigkeit festzustellen, die sowohl in der Aggressivität als auch der Bereitschaft der Demonstranten zum Ausdruck kam, in zunehmendem Maße auch Waffen bzw. Gegenstände gegen Sachwerte oder Sicherheitskräfte einzusetzen. Als Reaktion darauf und auf die monarchieweiten Demonstrationen im Jänner wurde im März 1918 beispielsweise für Graz die Bereitstellung von Militärassistenzen reglementiert: diese hatten zwar nicht direkt in die Amtshandlungen einzugreifen, sondern die Sicherheitsorgane „zu beschützen, um ihren Verfügungen den nötigen Nachdruck zu geben“. Zugleich sollte das unverzügliche Eingreifen der Sicherheitsmannschaften durch rasche Kommunikation via Fernsprecher durch die neue Instruktion sichergestellt werden.⁸³ Schließlich ist im August 1918 die Ausrüstung der Posten- und Streifendienste mit Dienstrevolvren auch bei Tag ebenfalls auf die Spirale der Gewalt zurückzuführen, eine Maßnahme, die „mit Rücksicht auf die zunehmende Unsicherheit“ begründet wurde.⁸⁴

Die Angriffe der Demonstranten richteten sich gegen die staatlichen Behörden und deren Repräsentanten, die Kriegszentralen, andere Berufsgruppen, gegen religiöse (Juden) und ethnische Gruppen (Flüchtlinge), welche, wie man vermutete, besser versorgt waren oder aber der bodenständigen Bevölkerung die Nahrungsmittel entzogen, gegen die „Reichen“, welche sich noch immer bestimmte Genußmittel verschaffen konnten, und selbst innerhalb der Betriebe beschwerte man sich wegen der ungleichen Beteiligung mit Lebensmitteln. Konnten nicht Personen für die Mängel verantwortlich gemacht werden, suchte man die Schuld bei regional bedingter Benachteiligung: Stadt gegen Land, Bezirk gegen Bezirk und Kronland gegen Kronland hieß der Überlebenskampf. Man mißtraute und beneidete einander. Nur in einem Bereich entwickelte sich auf Grund der Gemeinsamkeit der existenziellen Not eine Solidarität, die von den Behörden mit Mißtrauen beobachtet wurde. Soldaten zeigten nämlich immer offener Sympathien für den Widerstand der hungernden Bevölkerung, womit jenes Machtinstrument, das der Staat für die Aufrechterhaltung seiner Autorität immer notwendiger brauchte und immer häufiger einsetzte, unzuverlässiger zu werden drohte. Damit stand die „Heimatfront“ durch die unüberwindbaren sozialen Gegensätze, die die Gesellschaft spalteten, vor dem Zusammenbruch.

⁷⁷ StLA, Statth.Präs. E-91-ZI.979/58/1918, in: ZI.3150/1916.

⁷⁸ Zu der Meuterei in Judenburg und den Streiks: Plaschka, Haselsteiner, Suppan, Innere Front, wie Anm. 31, Bd.1, S. 324–341.

⁷⁹ AVA, Mdl. Präs.22/Stmk.1915–18, ZI.18.184/1918 (Kt.2138).

⁸⁰ Wie Anm.78, Bd.2, S.41.

⁸¹ Tätigkeitsbericht des Stadtrates Graz als Sicherheitsbehörde für das Jahr 1918, Graz o.J., S.22.

⁸² Zur Militarisation in Industrie und Verkehr: Plaschka, Haselsteiner, Suppan, Innere Front, wie Anm. 31, Bd.1, S.183–221. Sehr treffend verwenden die Autoren den Überbegriff „Aktivierung militärischer Machtpositionen“ für alle Maßnahmen, die vom Staat in der Absicht gesetzt wurden, seine militärische Präsenz in den Betrieben, auf dem Land oder auf der „Straße“ je nach Situation zu demonstrieren oder auch nur anzudeuten; vgl. dazu die Instruktionen zu den Militärassistenzen im Gemeindegebiet von Graz.

⁸³ Wie Anm. 81, S.16f.

⁸⁴ Wie Anm. 81, S.17f.

Die unzureichende Versorgung der steirischen Arbeiterschaft mit Lebensmitteln führte zu einem permanenten Spannungszustand, der sich, angereichert durch Forderungen nach sozialradikalen Veränderungen wie auch nach Friedensschluß, jederzeit zumindest in einer totalen Arbeitsverweigerung entladen konnte. Daß diese Protestform zu einem massiven Einsatz der staatlichen Gewalt und zu einem Bürgerkrieg führen konnte, war den Verantwortlichen auf beiden Seiten bewußt. Daher suchten die Behörden und die Führung der Arbeiterpartei nach Wegen, dieser Konfrontation die Schärfe zu nehmen und die drohende Kollision zu vermeiden. Diese als „Burgfrieden“ und „kooperative Gewerkschaftspolitik“ bezeichnete Strategie der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in den Kriegsjahren hatte zwar ursprünglich die Zielsetzung verfolgt, die „staatstragende Rolle der Sozialdemokratie“ unter Beweis zu stellen, wurde aber mit Zunahme der Ernährungsprobleme zu einer konsequenten, jedoch dem Staate gegenüber loyalen Interessensvertretung der Arbeiter.⁸⁵ Karl Renner z. B. verteidigte vehement diese Kooperation im Rahmen der staatlichen Gremien, da, wie er im Oktober 1917 auf der Ersten Reichskonferenz der Arbeiter-Wirtschaftsräte und Preisprüfer in Wien formulierte, „jeder Einzelne, sobald ihn eine besondere Schwierigkeit oder die ärgste Not trifft, zuallererst zum Vertrauensmann geht und von ihm eine Vorsprache bei den Behörden fordert. Der Vertrauensmann kann sich dem nicht entziehen. Er kann dem Notleidenden nicht sagen, trage deine Not ruhig weiter, je schlechter es dir geht, desto besser vielleicht kommt ein Zusammenbruch und damit eine dunkel vorausgeahnte Abhilfe auf einmal und im großen“.⁸⁶ Aber auch die staatlichen Behörden waren ihrerseits an einer dauerhaften Form der Kooperation interessiert; daher wurden Partei- oder Gewerkschaftsaktivitäten geduldet, um Provokationen möglichst zu vermeiden. Daß beide Seiten sich bei ihrer Strategie von utilitaristischen Überlegungen und nicht von gegenseitiger Wertschätzung leiten ließen, liegt auf der Hand. Das „Stillhalteabkommen“ trug jedenfalls dazu bei, unkontrollierte Gewaltausbrüche größeren Ausmaßes und die militärischen Gegenschläge in der Steiermark zu verhindern.

Im Folgenden soll diese Kooperation zwischen Sozialdemokratie und den Behörden auf steirischer Landesebene am Beispiel der Gußstahlfabrik Kapfenberg der Gebr. Böhler, einem Rüstungsgrößbetrieb, weiters anhand

⁸⁵ Vgl. dazu: Rudolf G. Ardelt, Die österreichische Sozialdemokratie und der Kriegsausbruch 1914 – Die Krise einer politischen Elite, in: ders., Vom Kampf um Bürgerrechte zum „Burgfrieden“: Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1888–1914, Wien 1994, S.75–153; Margarete Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im Ersten Weltkrieg (=Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 82), Wien-Köln-Weimar, 1992.

⁸⁶ Zitiert nach Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft, wie Anm. 85, S. 378f. K. Renner war auch Direktoriumsmitglied des Amtes für Volksernährung. Ebenso wurden Arbeitnehmervertreter in die seit März 1917 tätigen Beschwerdekommisionen berufen, bei welchen die Arbeiter ihre Begehren bezüglich Lohn und Arbeitsverhältnisse vorbringen konnten. Außerdem waren in den Kommissionen noch einzelne Ministerien (Landesverteidigung, öffentliche Arbeiten, Handel, Justiz) und die Arbeitgeber vertreten; vgl. dazu: P l a s c h k a, Haselsteiner, Suppan, Innere Front, wie Anm. 31, Bd. 1, S.189 und Grandner, wie oben, S. 271–307.

eines bei der k.k.Polizeidirektion Graz eingegangenen Konfidentenberichtes zur Arbeiterbewegung und zuletzt an der Tätigkeit des „Lebensmittelausschusses“ der steirischen sozialdemokratischen Funktionäre dargestellt werden. Grundsätzlich schätzten die Landesbehörden den politischen Einfluß der Sozialdemokratischen Partei (=SDP) sehr hoch ein: „Die Partei hat infolge ihrer musterhaften Organisation großen Einfluß auf das öffentliche Leben“, stellte die Statthalterei gegenüber den Sicherheitsbehörden dazu fest.⁸⁷ Daß die Mitgliederzahlen durch die kriegsrechtlich bedingten drückenden Arbeitsverhältnisse und die Werbetätigkeit außerordentlich anstiegen, war der Statthalterei auch bekannt. „Es ist gar kein Zweifel, daß die sozialdemokratische Partei im letzten Jahr mit Hochdruck gearbeitet und einen Teil der Arbeiter neu gewonnen hat“, berichtete der Brucker Bezirkshauptmann über die Gußstahlfabrik der Gebr.Böhler.⁸⁸ Eine genauere Zahl gab die Firmenleitung im August 1917 selbst an, daß nämlich „innerhalb eines halben Jahres“ der Partei „weit mehr als 1000“ beigetreten seien.⁸⁹ Dieses Anwachsen der Mitgliederzahlen, das mit einer Steigerung des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse einherging, wurde von den Behörden mit Mißtrauen verfolgt. Ein Konfidentenbericht bringt diese Einschätzung zum Ausdruck: „Die dreijährige Kriegsdauer hat dem Arbeiter deutlich gezeigt, daß alles nur von ihm abhängt und daß nur durch seine Wertbeschaffung der Krieg mit seinem heutigen Umfange möglich (ist) und nach demselben die Verzinsung und Tilgung der riesigen Schuldmenge ... nur auf ihm beruht. Ebenso weiß er heute genau, daß als Kämpfer mit der Waffe zum allergrößten Teile er es ist, welcher die größten Opfer zu bringen hat.“ Mit dieser Stärkung des kollektiven Selbstbewußtseins sei auch das individuelle eben infolge der fortschreitenden Demokratisierung gewachsen: „Er will gleichberechtigt sein auch am Trottoir und nicht mit „schon wieder so ein Arbeiter“ über die Achsel angesehen werden. Es ist mit einem Wort ein großes Wert- und Selbstbewußtsein in der Arbeiterschaft im Erwachen.“⁹⁰ Insgesamt wurde die Arbeiterschaft als ein nur schwer kalkulierbarer politischer Faktor angesehen, deren Interessen sich mit denen der „staatstragenden“ Kräfte, d. h. jenen Kräften, die entschlossen auf einen „Siegfrieden“ hinarbeiteten, nicht unbedingt deckten. Statthalter Clary-Adrington kommentierte im Februar 1917 die Friedensagitationen so, daß die Arbeiter deswegen eine Friedenssehnsucht hätten, „da sie nichts zu verlieren haben“, während die „besitzenden Kreise“ nur durch einen „Siegfrieden“ Vorteile zu erwarten hätten.⁹¹

In der Einschätzung der Arbeiterschaft sah der oben zitierte Konfident auch einen Gegensatz zwischen Funktionären und Basis in dem Sinne, daß diese keineswegs mehr bereit sei, die erfolglose Politik der Arbeitervertreter mitzutragen, da sich die Ernährungs- und Arbeitsbedingungen immer mehr verschlechterten. Außerdem würden die von der Führung lange Zeit in intellektueller Abhängigkeit gehaltenen Proletarier mit der Entwicklung ihres

⁸⁷ AVA, Mdl, Präsi.22/Stmk.1915–18, Zl.11.884/1917 (Kt.2138).

⁸⁸ Wie Anm.87, Zl.23.774/1917.

⁸⁹ Wie Anm.87, ad Zl.21.182/1917.

⁹⁰ Wie Anm.87, ad Zl.16.470/1917.

⁹¹ Wie Anm.87, ad Zl.4857/1917.

Bewußtseins die „von Feigheit und Eigennutz“ bestimmte Politik der Parteileitung durchschauen, womit die Arbeiterklasse noch unberechenbarer würde. Die politischen Stellen erkannten also diese drohende Kluft zwischen Basis und Führung und führten sie auf die Diskrepanz zwischen dem ideologischen Anspruch der SDP und ihrer realen Politik zurück, sodaß sie deshalb auch Verständnis dafür zeigten, wenn mitunter radikalere Töne von Seiten der Parteileitung angeschlagen wurden. So sah der Brucker Bezirkshauptmann in der Friedensagitation nur eine Taktik der SDP, „weil sie sonst ihren Daseinsgrund und ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft verlieren würde.“⁹²

Mit einem großzügigen Vorgehen gegenüber der SDP konnte die Statthalterei bis zuletzt erfolgreich eine unkontrollierte Ausbreitung von Streiks verhindern, und die schon zitierte Bezirkshauptmannschaft Bruck schrieb den Betriebsversammlungen bei Böhler sogar eine kathartische Wirkung zu, da die Arbeiter die Möglichkeit bekämen, ihren aufgestauten Unmut zu artikulieren: „Die bei den zahlreichen Vereinsversammlungen – am letzten Sonntag haben allein vier Vereinsversammlungen stattgefunden – gehaltenen Reden wirken wie ein Ventil, weil der Arbeiterschaft Gelegenheit zur Aussprache geboten ist; die Arbeiter sind auch bisher nach jeder Versammlung ruhig auseinandergegangen.“ Daher kam es im Betrieb der Gebr. Böhler zu einer nicht abgesprochenen Allianz zwischen der verantwortlichen Behörde, der Bezirkshauptmannschaft, und der Arbeiterpartei, als die Betriebsleitung von der Statthalterei „die Unterbindung der Agitation, Abschaffung der Hetzreden, Verbot unnützer Versammlungen“ verlangte. Der Statthalter schloß sich nämlich dem Rat des Bezirkshauptmannes an und verbot die Aktivitäten der SDP nicht, da dieser den gegenteiligen Effekt der geforderten Maßnahmen prognostizierte; denn seiner Meinung nach würde die Belegschaft in der Einschränkung ihrer politischen Tätigkeit eine Provokation sehen und mit Protesten reagieren. Mit seiner rigorosen Vorgangsweise würde der Staat also nur selbst den Grund liefern, seine Gewalt einzusetzen, so die Argumentation des Bezirkshauptmannes, da die Militarisierung des Betriebes und die Verhängung des Standrechts in der Folge die unausweichliche Konsequenz wären. Auch die von der Betriebsleitung als Beispiele für ihre arbeiterfreundliche Unternehmenskultur ins Treffen geführten großzügigen Lohnerhöhungen und finanziellen Zuschüsse zu den Lebensmitteln wurden in derselben Stellungnahme mit Hinweis auf die gewaltigen Firmengewinne während des Krieges relativiert; ebenso seien die Zuschüsse, welche von der Firma für die Lebensmittelankäufe beigesteuert werden, keineswegs als vorbildliche Sozialleistung anzusehen, da der Betrieb dadurch jene gewaltige Lohnerhöhung umgehen könne, die er wegen der ständig steigenden Lebenshaltungskosten seinen Arbeitern eigentlich zahlen müßte; damit rückte der Bezirkshauptmann die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Betriebsleitung zurecht: besser hätte auch ein Funktionär der SDP nicht argumentieren können.

Die sozialdemokratische Seite leistete in der Steiermark ihren Beitrag im Sinne der Kooperation durch die Bildung eines Ausschusses, der von der Parteileitung, der Landesgewerkschaftskommission und dem Vorstand des

⁹² Wie Anm. 87.

Distriktsverbandes der alpenländischen Konsumvereine beschickt wurde, um, wie die Begründung ganz im Sinne des oben zitierten Karl Renner lautete, „über alle Angelegenheiten, die Versorgung der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln betreffend, zu wachen, bei eintretender (sic) Mißstände darüber zu beraten, wie ihnen abgeholfen werden kann und die nötigen Schritte zur Abhilfe zu unternehmen.“⁹³ Die Ausschußmitglieder waren u.a. Josef Pongratz, Reinhard Machold, August Lindner, zugleich auch Ausschußsekretär, Alois Ausobsky, Vinzenz Muchitsch und Hans Resel, also die führenden Parteifunktionäre. Konkrete Zielsetzung war die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel, eine bessere Kontrolle der Werksfassungen durch gewählte Vertrauensmänner und eine Behebung der akuten Probleme in Verbindung mit der Fettversorgung, da es „immer schwerer wird“, so die Begründung, „den Ausbruch des allgemeinen Unwillens in der Arbeiterschaft hintanzuhalten“. Mit der Konstituierung dieses Ausschusses leisteten die steirischen Arbeitervertreter durch die Vermittler- und Kontrolltätigkeit innerhalb der Betriebe einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Probleme, deren Ursachen in der staatlichen Kriegswirtschaft, die durchaus auch als „Kriegsdiktatur“ bezeichnet werden kann, zu suchen sind.

Die Ernährungskrise und das Ende des Kronlandes

Der von allen großen Parteien Ende Oktober 1918 mitgetragene Systemwechsel wurde primär, wie im Beitrag gezeigt wurde, durch die jahrelange Ernährungskrise ausgelöst, die sich durch den Zerfall der Monarchie zu einer Hungerkatastrophe auszuweiten drohte. Dramatische Meldungen über die Ernährungsverhältnisse und die Stimmung in der Bevölkerung hatten sich bereits im September gehäuft und zu verstärkter Sorge Anlaß gegeben. Das Ausmaß der Notsituation wurde im Bericht des Militärkommandos deutlich, als das Sinken des Vertrauens in den öffentlichen Ernährungsdienst, die Erbitterung wegen der enormen Wucherpreise und der Ausbruch von Epidemien als Folge der Unterernährung die Lage aussichtslos erscheinen ließen.⁹⁴ In dieser Situation wurde die Forderung nach Bildung von Bezirksausschüssen laut, um den Zusammenbruch der Versorgung abzuwenden; die Bevölkerung sollte nämlich durch die öffentliche Kontrolle des Approvisionierungsapparates und die Erfassung aller staatlich bewirtschafteten Lebensmittel beruhigt werden; ebenso erhoffte man sich von der Einsichtnahme durch die Vertrauensmänner der Bezirksausschüsse in die Unterlagen der Kriegszentralen und der Statthalterei die Erhaltung von Ruhe und Ordnung.⁹⁵ Zudem erreichten Ende September die Ablieferungsmengen in einigen Bezirken nicht einmal mehr 20% der vorgeschriebenen Quoten, sodaß der Befehl an die Aufbringungsoffiziere, im Dienst nur mehr Uniform zu tragen, im Hinblick auf die Schwere der Krise als lächerlich anmutendes und untaugliches Mittel zu bewerten ist, die renitent gewordene Bevölkerung zur

⁹³ StLA, Statth.Korresp. 1917/Lebensmittel.

⁹⁴ AdR, BMfVE/AR, Stmk.1918–19, Zl.128.624/1918 (Kt.122).

⁹⁵ Wie Anm.94, Zl.128.971/1918, Zl.133.617/1918.

Räson zu bringen.⁹⁶ Eine weitere Verschärfung erfuhr die Lage Ende Oktober noch durch die Einstellung der Lieferungen aus den untersteirischen Gebieten, die der Ernährungsinspektor nach Insultierungen durch jugoslawische Soldaten auch nicht mehr bereisen konnte. In seiner Meldung darüber ging der Offizier noch von der Tatsache aus, daß sein Entschluß auf Grund der „*derzeitigen Verhältnisse*“ nur „*vorläufig*“ gelte: dieser Abzug eines k.u.k. Offiziers aus der Untersteiermark verwies bereits auf jene Zäsur in der Geschichte der Steiermark, mit welcher die bisherigen Grenzen des Kronlandes ihre Gültigkeit verlieren sollten.⁹⁷

Abschließend soll der Frage nachgegangen werden, ob die Ernährungskrise von den steirischen Behörden verhindert hätte werden können. In diesem Zusammenhang wurde dem Statthalter Clary-Aldringen der Vorwurf gemacht, er habe durch seine zu große Nachgiebigkeit gegenüber den Zentralstellen die katastrophale Situation der Steiermark zu verantworten gehabt,⁹⁸ sodaß Clarys Abgang zu einer Flucht wurde, die sein Sohn folgendermaßen beschrieb: „*Ich war selbst anwesend, wie er bei Nacht und Nebel fliehen mußte vor den Grazern, die ihn als Verbrecher und Dieb lynchen wollten.*“⁹⁹ Ebenso war sein Aufenthalt in Weiz aus Sicherheitsgründen nicht möglich, da der dortige Bezirkshauptmann für Clarys Sicherheit nicht garantieren konnte. So mußte der letzte Statthalter als persona non grata die Steiermark verlassen, deren Verwaltung er fast 20 Jahre lang geleitet hatte. Die Reaktion der verbitterten Bevölkerung gegenüber dem Repräsentanten jenes Systems, das die jahrelangen Entbehrungen und hohen Verlustzahlen durch den Krieg zu verantworten hatte, ist durch die katastrophale Versorgungslage der Steiermark erklärbar. Die Frage jedoch, welche sich rund 80 Jahre nach den Ereignissen stellt, ist, ob der Spitzenbeamte durch ein entschlosseneres Auftreten gegenüber den Ministerien die Unterbringung der Flüchtlinge, die Requirierung des steirischen Viehs verhindert bzw. größere Lebensmittelzuschübe erreicht hätte. Dazu ist festzuhalten, daß die eigentliche Staatsmacht während des Krieges die Armee darstellte, deren Interessen allen anderen übergeordnet waren: Transport, Fleisch und der diffizile Bereich der öffentlichen Sicherheit bzw. Ruhe fielen letzten Endes in die Verantwortlichkeit des Heeres, welches zudem die Steiermark doppelt beanspruchte, indem das steirische Territorium sowohl als Fronthinterland als auch für die Heeresinfrastruktur, d.h. für Kasernen und Verpflegsstationen, außerordentlich stark genutzt wurde. Die Beschwerden gegenüber der Armee wären demzufolge mit Hinweis auf strategische Notwendigkeiten, die zu dieser Zeit nicht zu entkräften gewesen wären, abgewiesen worden. Andererseits fehlte gegenüber den Zivilstellen, wie z. B. dem Amt für Volksernährung, ein entsprechendes Druckmittel, um Forderungen nach Erhöhung der Lebensmittelzuteilungen durchzusetzen. Außerdem waren in diesem wiederum hohe Militärs in leitenden Funktionen, welche sich auf Grund ihrer beruflichen Laufbahn eher den Interessen des Heeres als denen der Zivilbevölkerung

⁹⁶ Wie Anm.94, E.L. Zl.323/1918 (Kt.130).

⁹⁷ Wie Anm.94, Zl.151.074/1918.

⁹⁸ Vgl dazu: Hans Pirchegger, Geschichte der Steiermark, Bd.III, Graz-Wien-Leipzig, S.559; Hinteregger, Die Steiermark, S.74.

⁹⁹ Zit. nach E l m a F l o o h - W a g n e s, wie Anm.2, Vorwort.

verpflichtet fühlten. Auch R. Hintereggers Vorwurf, Clarys „Noblesse“ habe jenes Nachdrucks entbehrt, „*der vonnöten gewesen wäre, um eine halbwegs ausreichende Versorgung der Steiermark mit Lebensmitteln zu erleichtern (gem.: erreichen)*“, kann mit dem Hinweis auf die Versorgungsprobleme der Stadt Graz relativiert werden, deren Bürgermeister in der Korrespondenz eben diesen direkten nachdrücklichen Stil verwendete, welcher nach Hintereggers Ansicht dem Ernst der Lage angemessen gewesen wäre.¹⁰⁰ Weiters würde man den Einfluß der statthalterlichen Berichterstattung auf die Entscheidungen der Zentralstellen überbewerten, da diese über ein eigenes Informationssystem verfügten (s. Ernährungsinspektoren): die Berichte über die Ernährungssituation gingen daher zumindest zweifach an die Zentralstellen, die erst dann reagierten, wenn die Bevölkerung ihrem Unmut mit Gewaltaktionen Luft zu verschaffen drohte. Und eben diese dringlichen Hinweise auf sich anbahnende Gewaltausbrüche fehlten in den Berichten der Statthalterei nicht. Die Effizienz verbalen Drucks kann also nicht bewiesen werden, aber auch die Verwendung der Rohstofflieferungen des Landes als Tauschmittel für Nahrung, wie es der Wohlfahrtsausschuß tat, ist wohl in einer von der Armee kontrollierten Kriegswirtschaft keine realistische Alternative. In einzelnen Bereichen jedoch, wie z.B. den Ausnahmeregelungen im Rucksackverkehr und in der Getreideaufbringung, verfolgte der Statthalter durchaus eine eigene Linie gegenüber den Zentralbehörden, wobei er sich stets von Besonnenheit und dem Bemühen um Ausgleich leiten ließ. Clary-Aldringen hat, wie ich meine, seine Position im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür eingesetzt, um in Kooperation mit den verantwortlichen Eliten das Land vor der Verhängung des Standrechts, das wie ein Damoklesschwert über der Bevölkerung hing, und dessen unabsehbaren Folgen zu bewahren.

Daß Clary-Aldringen nicht mehr „Herr der Lage“ gewesen sei, wie der Sozialdemokrat Resel¹⁰¹ feststellte, ist durchaus zutreffend, da die staatliche Autorität sukzessive auf allen Ebenen im Verlauf des Krieges in demselben Maße verfiel, wie die Aussichten auf einen Sieg schwanden und andererseits die mit der Ernährungskrise auf Gemeinde-, Bezirks- und Landesebene geschaffenen Ausschüsse immer stärker in die Verantwortung eingebunden wurden. Sie füllten zuletzt im Oktober 1918 das staatliche Machtvakuum aus, als durch die Auflösung der Monarchie die Steiermark in eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes zu stürzen drohte. Zu diesem Zeitpunkt war der Widerstand der monarchischen Autoritäten gegen ihre Ablösung in der Steiermark praktisch nicht mehr vorhanden, andererseits waren alle Maßnahmen, wie die Absetzung des Statthalters und die Demontage der k.k. Embleme, mit der letzten kaiserlichen Regierung abgesprochen, sodaß sich der Übergang vom Kronland zum Bundesland auf evolutionärem Wege vollzog: die Ernährungskrise hatte dabei die Funktion des Katalysators.

¹⁰⁰ Hinteregger, Die Steiermark, S.73.

¹⁰¹ Wie Anm.100, S.74.